

# **PAPERS**

**MICHAEL BRIE (HRSG.)**

## **IN GESELLSCHAFTLICHER VERANTWORTUNG**

**SYMPOSIUM ZU EHREN  
VON PROF. DR. CHRISTA LUFT**

# **In gesellschaftlicher Verantwortung**

Symposium zu Ehren von Prof. Dr. Christa Luft, Berlin,  
den 23. Februar 2013

Mit einem Vortrag von Christa Luft zum Thema „Wohlstandsgewinn für alle durch Freihandel? Das Ricardosche Theorem der komparativen Vorteile im Lichte der Krise im Euro-Raum“

Herausgegeben von Michael Brie

**IMPRESSUM**

PAPERS wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
und erscheint unregelmäßig

V. i. S . d. P.: Marion Schütrumpf

Fotos: Michael Brie

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 2194-0916 · Redaktionsschluss: März 2013

Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling



**Dagmar Enkelmann**

## **Zur Eröffnung**

Sehr verehrte Gäste, liebe Christa,

Du blickst seit gestern auf ein dreiviertel Jahrhundert zurück und wir wollen es heute mit Dir gemeinsam tun. Ich freue mich sehr auf unser heutiges Symposium Dir zu Ehren.

Wir ehren Dich heute nicht ohne Hintergedanken. Als frühere Vorsitzende des Kuratoriums und heutiges Mitglied des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung bist Du der Stiftung von Anfang an eng verbunden. Wir wünschen uns sehr, dass das noch lange so bleibt. Heute wird eine Reihe Mitstreiterinnen und Mitstreiter zu Wort kommen, die Dich zum Teil viele Jahrzehnte kennen. Ich freue mich auf deren Beiträge.

Christa, wir beide kennen uns seit 1990 – aus der letzten Volkskammer der DDR und aus vier gemeinsamen Jahren im Bundestag. Ich hab Dich immer wegen Deiner großen Sachkompetenz bewundert und vor allem wegen der Souveränität, die Du trotz aller Angriffe auch auf Deine Person immer ausgestrahlt hast. Dabei waren z. B. bestimmte Zwischenrufe für Dich quasi vorprogrammiert. In Deiner ersten Rede bereits aus den Reihen der CDU/CSU: „Heiße Luft!“ Leider blieb es nicht bei derartigen geistigen Tiefflügen.

Du hast Dir durch Deine Ruhe, Sachlichkeit und Kompetenz weit über Parteigrenzen Achtung erworben. In Deiner ersten Rede im Bundestag hast Du – in Erwiderung auf eine Regierungserklärung von Kanzler Kohl – eine wichtige Forderung im Zusammenhang mit Transferzahlungen aufgemacht: „Sie versündigen sich, meine Damen und Herren, am west- wie am ostdeutschen Steuerzahler, wenn Sie die wahrlich beeindruckenden Finanztransfers nicht endlich in Beschäftigungswirkungen umsetzen.“ Das wurde zu einem Deiner Themen. Ebenso wie die Auseinandersetzung um die Treuhandpolitik. Davon zeugen Bücher wie „Treuhandreport“ oder „Lust am Eigentum“.



In Deiner letzten Rede im Bundestag 2002 in Auseinandersetzung mit den Hartz-Gesetzen, hast Du wahre Voraussicht bewiesen: „Nun sollen die panikartig vorgelegten, unausgegorenen Vorschläge der Hartz-Kommission den Durchbruch bei Beschäftigung und Ausbildung bringen. Ich finde, dass die Ideen zur Bekämpfung gesellschaftlicher Missstände immer abenteuerlicher werden. Nach ‚Tanken für die Rente‘ und ‚Rauchen für die Sicherheit‘ heißt es nun ‚Arbeitsplätze auf Kredit‘ und ‚Lehrstellen per Scheck von Oma und Opa‘. Wo soll das eigentlich noch hinführen?“

Weitere Deiner Themen waren die Wende und deren Folgen, sowie die Ursachen für den Untergang der DDR. Die hast Du kritisch und selbstkritisch gesehen, aber immer ohne Dich zu verbiegen. Insofern hast Du als Wissenschaftlerin, als Politikerin, vor allem aber als Mensch Christa Luft vielen Mut gemacht - Mut, zur eigenen Biografie zu stehen und nicht zurückzustecken. Du hast gewirkt mit Selbstbewusstsein, eigenem Wissen und Können.

Christa, Du warst und bist für mich immer ein Vorbild gewesen mit Deiner Souveränität und Deinem Stolz: Hey, wir Osis haben auch was gelernt und wir können was!

Dank an Dich, herzlichste Glückwünsche, alles Gute und Gesundheit.



**Klaus Steinitz**

## **Laudatio**

Das Leben von Christa Luft ist sehr eng und auf vielfältige Weise mit der DDR verbunden, mit ihrer Gründung, Entwicklung, ihrem Untergang, aber ebenso mit all dem, was auch heute nach dem Scheitern des Sozialismusversuchs in der DDR aufhebenswert ist und nicht vergessen werden darf.

Es wäre jedoch vereinfacht, ja falsch, ihr Leben einzig im Bezug zur Entwicklung der DDR darzustellen. Zum einen widerspiegelt ihr persönlicher Lebenslauf nicht nur die politischen, ökonomischen und sozialen Bedingungen der DDR. Christas Leben ist auch Ausdruck für ihr Bemühen, aktiv auf die Entwicklung der DDR einzuwirken, vor allem auf das Bewusstsein und auch auf das Handeln vieler Menschen. Dies hat sie insbesondere in ihrer langjährigen Tätigkeit als Hochschullehrerin im Bereich Außenwirtschaft an der Hochschule für Ökonomie und in vielen Leitungsfunktionen, als Sektionsleiterin und schließlich Rektorin dieser größten ökonomischen Lehr- und Forschungseinrichtung der DDR sowie als Wirtschaftsministerin in der Modrow-Regierung bewiesen.

Zum anderen ist Christa eine sehr eigenständige Persönlichkeit, deren Werdegang und Wirken nicht in erster Linie von den objektiven Verhältnissen geprägt wurde. Vielmehr war und ist hierfür ihr stetiges, eigenes Bemühen bestimmend, ihre aktive Auseinandersetzung mit der Realität des Staatssozialismus und ihr wissenschaftliches Eindringen in die realen, widersprüchlichen ökonomischen Zusammenhänge und Tendenzen der sozialistischen Ökonomie im nationalen und internationalen Maßstab, in der DDR und im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW).

Christa wurde am 22. Februar 1938 in Krakow am See in Mecklenburg geboren. Ihren Eltern war aus finanziellen Gründen eine höhere Bildung versagt geblieben. Ihr Vater arbeitete als Maschinenschlosser und qualifizierte sich später zum Meister. Ihre Mutter hat den Beruf einer Wirtschaftlerin erlernt und arbeitete viele Jahre als Leiterin einer Großküche.

Christa schreibt in ihrem Lebenslauf: „Meinen Eltern verdanke ich Bodenständigkeit, Realitäts- und Gerechtigkeitssinn sowie hohe Achtung vor körperlicher Arbeit und jenen, die sie leisten. Sie haben mich stets bestärkt, den Weg zu gehen, den ich gehen wollte. Ohne ihren Rat und ihre Hilfe wäre mir manches im Leben nicht gelungen. Ich wäre nicht die erste in der Familie geworden, die eine akademische Bildung anstreben und realisieren konnte.“

1956 legte sie das Abitur mit der Note „sehr gut“ ab. Im gleichen Jahr bewarb sie sich an der damaligen Hochschule für Außenhandel in Berlin-Staaken und studierte dort einige Jahre. Ihr Studium schloss sie dann an der späteren Fakultät Außenhandel der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst als Außenhandelsökonomin ebenfalls mit „sehr gut“ ab. Seit ihrem 15. Lebensjahr war für sie der Schul- und Hochschulbesuch mit dem Wohnen in Internaten und Wohnheimen verbunden. Dadurch wurde sie frühzeitig an das Leben in der Gemeinschaft, an Disziplin, aber auch Selbständigkeit gewöhnt.

Nach Abschluss des Studiums blieb Christa als wissenschaftliche Assistentin an der Hochschule. Von Beginn an war sie mit umfangreichen Lehraufgaben im Direkt- und Fernstudium sowie in Sonderlehrgängen betraut. Die 1960er Jahre waren für die Ökonomie der DDR und auch für viele Ökonomen und Ökonomen, darunter auch für Christa, wahrscheinlich die interessanteste, produktivste und auch hoffnungsvollste Zeit. Christa konnte an einem Ende der 1960er Jahre leider abgebrochenen Projekt im Rahmen eines Forschungskollektivs „Elektronik“ der HfÖ mitwirken. In diesem Zusammen-

hang entstand ihre Dissertation über die Einflüsse der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung und des Außenhandels auf den Nutzeffekt der gesellschaftlichen Arbeit, die sie 1964 mit „magna cum laude“ verteidigte. Nur vier Jahre später legte sie ihre Habilitationsschrift vor, in der Probleme der Ausnutzung ökonomischer und psychologischer Marktfaktoren im Export im Vordergrund standen. 1971 wurde Christa zur Ordentlichen Professorin für sozialistische Außenwirtschaft berufen. Ab Mitte der 1970er Jahre hat sie sich in ihrer Lehr- und Forschungstätigkeit auf Probleme der Leitung der Außenwirtschaft der DDR sowie auf Fragen der sozialistischen ökonomischen Integration konzentriert.

Christa gehört zu den nicht allzu zahlreichen Menschen, die es in ihrem aktiven Leben geschafft haben, auf sehr unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern, die differenzierte und spezifische Anforderungen an die Fähigkeit und Qualifikation und auch hohe Ansprüche an den Charakter stellen, anerkannte Leistungen zu vollbringen:

1. Als Hochschullehrerin bei der Ausbildung und Erziehung der Studenten und des wissenschaftlichen Nachwuchses, vor allem durch interessante, das Mit- und Nachdenken anregende Lehrtätigkeit sowie viele Diskussionen und individuelle Gespräche mit Studenten. Dazu trugen auch ihre breite Allgemeinbildung und ihre kulturellen Interessen bei. Es gibt wohl kaum einen Absolventen der Sektion Außenwirtschaft der Hochschule, der sie nicht in guter Erinnerung behalten hat.

2. Als Forscherin durch engagierte kontinuierliche Forschungsarbeit insbesondere zur Aufdeckung der Zusammenhänge, Probleme und Widersprüche der internationalen Arbeitsteilung speziell der sozialistischen ökonomischen Integration im RGW. 1987 wurde Christa zum korrespondierenden Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR gewählt und seit Anfang der 1990er Jahre ist sie auch Mitglied der aus der Akademie hervorgegangenen Leibniz-Sozietät.

3. Als Autorin und Publizistin vieler lesenswerter Bücher, die sich u.a. kritisch mit der Treuhandanstalt, der Wende und dem deutschen Vereinigungsprozess befassen, und zahlreicher Kolumnen im „neuen deutschland“ über aktuelle ökonomische und soziale Probleme.

4. Auch als Leiterin größerer Kollektive in der Hochschule für Ökonomie, am RGW-Institut in Moskau und zuletzt in der Regierung der DDR, als Stellvertretende Ministerpräsidentin und Wirtschaftsministerin in der Regierung von Hans Modrow.

Aufgrund ihrer Forschungsergebnisse, ihrer Qualifikation und Leitungserfahrungen wurde Christa 1978 zur stellvertretenden Direktorin am Internationalen Forschungsinstitut für ökonomische Probleme des sozialistischen Weltsystems beim RGW in Moskau berufen. Dort war sie vor allem an der Konzipierung, Anleitung und Kontrolle von Forschungsaufgaben zur Planungszusammenarbeit sowie zu den Außenhandels-, Valuta- und Finanzbeziehungen der RGW-Länder beteiligt. Auch im RGW-Institut erwarb sie durch ihre Leistung und ihr menschliches, freundliches Verhalten gegenüber allen eine hohe Anerkennung. Sie hatte während ihrer Tätigkeit am Institut auch viele Möglichkeiten, durch Reisen in die USA und andere Länder ihre internationalen Kontakte und Kenntnisse zu erweitern und zu festigen sowie auch die Arbeit der UN und anderer internationaler Organisationen kennenzulernen.

Als Christa 1988 zur Rektorin der Hochschule für Ökonomie berufen wurde, fand eine Festveranstaltung statt, an der ich neben vielen offiziellen Gästen als Vertreter des Zentralinstituts für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften teilnahm. Dort hielt Christa Luft eine Antrittsrede, an die ich mich noch gut erinnere, weil sie sich deutlich von Routinereden zu solchen Anlässen abhob. Sie führte dort u.a. aus: „Ich möchte, dass dieses große Potenzial, das wir im Lehrkörper und unter den Studenten haben, richtig genutzt wird, dass wir nicht im Nachhinein immer bejubeln müssen, wie weise die Parteiführung wieder Beschlüsse gefasst hat, sondern ich möchte, dass wir im Vorfeld an der Lösung der Probleme mitarbeiten können.“ Es gab nach diesen Worten

im Saal großen Beifall, die meisten Ehrengäste verharrten jedoch regungslos. Christa fügte hinzu, dass sie diesen Satz sofort umsetzen wolle und dazu gleich am nächsten Tag Arbeitsgruppen bilden werde, die Analysen vorlegen sowie Vorschläge dazu machen sollten, was geändert werden müsse und könne und wie dazu vorgegangen werden müsse. Die Vorschläge dieser Arbeitsgruppen zur Reformierung des erstarrten Wirtschaftssystems der DDR waren für Hans Modrow ein Hauptgrund, Christa im November 1989 in seine neue Regierungsmannschaft zu berufen.

Schon zu DDR-Zeiten war es für Christa typisch, dass sie ihre Möglichkeiten nutzte, um die Studenten der Hochschule vor unsinnigen ideologischen Repressalien zu schützen, z. B. infolge der Proteste gegen das Sputnik-Verbot im November 1988. Auch nach ihrem „Sprung“ von der Hochschule in die Regierung, von einer Wissenschaftlerin zu einer hohen Staatsfunktionärin, blieb sie sich treu. Sie war ruhig, hörte geduldig zu und war bemüht, ihre Gesprächspartner in offenen sachlichen Diskussionen durch Argumente zu überzeugen und für ihr Herangehen zu gewinnen. Sie war gegenüber anderen Auffassungen tolerant, zugleich aber auch kritisch und vertrat entschieden ihren Standpunkt. Sie setzte sich mit ihrer Persönlichkeit dafür ein, das von ihr als richtig und notwendig Erkannte umzusetzen. Sie nutzte jedoch nie ihre Stellung dazu aus, etwas mit Macht durchzusetzen. Marc Aurel hebt in den „Selbstbetrachtungen“ als einen Vorzug des Menschen hervor, „nicht blindlings beizupflichten noch sich täuschen zu lassen“, ein Vorzug der auch Christa charakterisiert.

Nach den Volkskammerwahlen im Frühjahr 1990 und der darauffolgenden Ablösung der Modrow-Regierung setzte Christa ihre aktive, verantwortungsvolle politische und wissenschaftliche Arbeit ohne Unterbrechung fort. Sie wurde als Kandidatin der PDS zum Mitglied der Volkskammer gewählt und war dort Vorsitzende des Haushaltsausschusses. An eine Szene aus dieser Zeit kann ich mich noch gut erinnern. Der DVU-Abgeordnete Prof. Walther, der sich gern als Opfer der SED-Diktatur hinstellte und oft mit wüsten Beschimpfungen gegen die DDR auftrat, hatte gerade einen seiner üblichen Auftritte, als Christa für eine Zwischenfrage das Wort erhielt. Sie fragte ihn, ob er sich nicht daran erinnern könne, dass sie gemeinsam an einem Lehrgang für Führungskader des Hochschulministeriums in Merseburg teilgenommen hatten. Sie könne auch ein Foto mitbringen, auf dem sie beide dort zu sehen seien. Das war ihm äußerst peinlich, er stammelte ein paar Sätze, dass er bedaure, damals in der Öffentlichkeit nicht kritisch aufgetreten zu sein, und tauchte dann bald ab.

Bei der Bundestagswahl 1994 wurde Christa Luft in Berlin für die PDS als Direktkandidatin in den Bundestag gewählt und wurde damit gewissermaßen zur Pionierin für eine Tradition direkt gewählter weiblicher Bundestagsabgeordneter. Ihr folgten Gesine Lötsch und Petra Pau. Christa wiederholte diesen Erfolg noch einmal vier Jahre später. Im Bundestag war Christa Stellvertretende Vorsitzende und haushaltspolitische Sprecherin der PDS-Fraktion sowie Mitglied des Haushaltsausschusses.

Christas Interesse und Offenheit für neue Fragen und Entwicklungen waren eine Voraussetzung dafür, dass sie auch auf einem anderen Gebiet zur Pionierin wurde. Als 1994 im Bundestag beschlossen wurde, im Rahmen eines gemeinsamen Projekts mit der Freien Universität Berlin für je einen Abgeordneten der damals existierenden Fraktionen bzw. Gruppen eine eigene Internet-Homepage zu schaffen, erklärte sich Christa sofort zur Mitarbeit bereit. In ihrem Wahlkreisbüro wurden in Zusammenarbeit mit einigen Studenten die Voraussetzungen für eine eigene Homepage geschaffen, der ersten der damaligen PDS-Gruppe. Und schon bald gingen auf dem dazugehörigen Mail-Account die ersten E-Mails ein und weitere Homepages folgten. Mit diesem Pilotprojekt begann das Internet auch für die Tätigkeit der Abgeordneten der PDS bzw. LINKEN eine zunehmend wichtige Rolle zu spielen und zu einem unverzichtbaren Bestandteil ihrer Arbeit zu werden.

Christa war viele Jahre Vorsitzende des Kuratoriums der Rosa-Luxemburg-Stiftung und ist seit dessen Umwandlung in einen wissenschaftlichen Beirat Mitglied des Vorstandes der Stiftung.

Ich kenne Christa seit fast 50 Jahren, zunächst mehr aus der Ferne und über Hans, ihrem verstorbenen Mann. In den letzten 25 Jahren hatte ich öfter Gelegenheit mit Christa politisch und wissenschaftlich zusammenzuarbeiten. Wir haben in der Volkskammerzeit 1990, während ihrer Arbeit als MdB, durch unsere Tätigkeit im Stiftungsverbund der RLS sowie in den letzten zwei Jahren bei der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Konferenz zum 20. Jahrestag der Abwicklung der HfÖ viel miteinander zu tun gehabt. Der intensive wissenschaftlichen Erfahrungs- und Meinungs austausch, der hierbei geführt wurde, war für alle Beteiligten interessant und anregend. Er schlug sich nieder in der Publikation, „Ökonomische Theorie in zwei Gesellschaftssystemen Deutschlands“, die Anfang 2012 im Dietz Verlag erschien.

In meiner Rede wollte ich auch etwas über Schwächen von Christa sagen oder eine auflockernde Anekdote über sie erzählen. Ich habe mit vielen gesprochen, die in verschiedenen Zeiten eng mit ihr zusammen gearbeitet haben, konnte dazu aber nichts erfahren. So bleibt mir nichts anderes übrig, als dich liebe Christa dafür zu kritisieren, dass du durch deine allgegenwärtige Ruhe und Ausgeglichenheit meine Arbeit an der Laudatio noch zusätzlich erschwert hast.

Christa war, soweit ich mich erinnern kann, nie engstirnig und dogmatisch und sie wurde zunehmend kritisch gegenüber den grundlegenden Defiziten der zentralistischen Planwirtschaft und den Fehlentwicklungen in der DDR, in der Sowjetunion und den anderen Ländern des sozialistischen Lagers. Sie hat aber lange die Hoffnung vieler geteilt, dass es gelingen müsste, eine reformierte demokratische DDR zu erhalten. Auch heute, nach dem Scheitern des Staatssozialismus, ist Christa davon überzeugt, dass die Zukunft einem neuen, demokratischen, emanzipativen, solidarischen und ökologisch nachhaltigen Sozialismus gehören muss.

Ich wünsche uns und dir, liebe Christa, dass wir gemeinsam noch einige Schritte auf diesem langen, schwierigen und auch offenen Weg einer gesellschaftlichen Transformation gehen werden.



**André Brie**

## **Zum Geburtstag von Christa Luft**

Jeden zweiten Tag fahre ich durch Krakow am See. Am Ortseingang wird über den staatlich anerkannten Luftkurort informiert. So werde ich an Christa Luft drei- oder vier Mal in der Woche erinnert, ob ich will oder nicht, denn hier wurde sie am 22. Februar 1938 geboren. Ob der Ort und seine Obrigkeit selbst an seine so bekannte Tochter erinnern, weiß ich nicht. Der anerkennende „Staat“ jedenfalls könnte die Kur durch das Denken, Arbeiten und Schreiben von Christa Luft dringend benötigen und „anne Luft gahn“, wie es auf dem hiesigen Plattdeutsch für Spazieren heißt, am besten heraus aus der staatlichen Selbstgenügsamkeit und seiner sozialen Arroganz. „Zuviel Luft ist immer besser als zu wenig.“ Das wusste Theodor Fontane. Franz Grillparzer hob hervor: „Das beste Mittel ist die frische Luft.“ Goethe ließ sogar rufen: „Luft! Luft! Clavigo!“ Wir Linken haben solche Luft.

Doch ich komme Christa Luft noch viel näher, jener Christa Luft, die ich bewundern lernte, wenn ich Friedrich Engels zitiere, der sein Bekenntnis der Arbeiterpartei für Freiheitsrechte 1865 mit dem Satz abschloss: „Ohne diese Freiheiten kann sie selbst sich nicht frei bewegen; sie kämpft in diesem Kampf für ihr eigenes Lebenselement, für die Luft, die sie zum Atem nötig hat.“

Als Wirtschaftsministerin in der Modrow-Regierung hat Christa Luft maßgeblich zu etwas beigetragen, das ich damals als ein Wunder empfand: die Stabilität und Handlungsfähigkeit der DDR unter Bedingungen offener Grenzen, Abwanderung von zehntausenden Menschen, deutsch-deutscher Einigungseuphorie, Zusammenbruchserwartungen. So eben begann ich Christa Luft, auch in der damaligen PDS, kennen zu lernen, so brauchte die Partei sie wie die Luft zum Atem, so könnten Nachdenken über die heutige Politik der Bundesrepublik und deren Veränderung (Kur) sie benötigen. Christa Luft war und ist unbestechlich im Denken, in der Analyse, in ihrer Empirie, mit wissenschaftlicher und politischer Kompetenz, und als Mensch.

Wer mit Christa Luft diskutierte, hatte es nie einfach. Abgesehen davon, dass es Menschen, die nicht zuhören wollten oder konnten, mit ihr sowieso nicht einfach hatten, ließ sie Sicherheiten nicht undurchdacht und unwidersprochen gelten. Doch wer sich darauf einließ und einlässt, hat auch Genuss und einen weiteren Blick. In einem langen Gespräch mit dem Deutschlandradio hat sie von sich selbst gesagt, nicht besonders renitent gewesen zu sein. Doch ich habe sie genussvoll renitent erlebt und begonnen zu lernen, sie eben auch so zu achten, und zu lernen, zu mir selbst zu finden.

Dort, wo Christa Luft aufwuchs, in Krakow und Wismar, kann man bis zum Horizont blicken. „Ein Paradies“, zitierte sie selbst Fritz Reuter. Doch wer mit Christa Luft blicken mag, kann gar über Horizonte in einem selbst und in der Gesellschaft hinaus sehen.

**Walter Kupferschmidt**

## **Zum 75. Geburtstag von Christa Luft**



Die Biografie von Christa Luft ist beeindruckend – als Wissenschaftlerin und Hochschullehrerin, als Publizistin und als Politikerin in beiden deutschen Staaten. Sie hat Bleibendes geleistet und sie hat sichtbare Spuren hinterlassen. Einen wesentlichen Platz in ihrer Biografie nimmt die Hochschule für Ökonomie (HfÖ) ein. Etwa dreißig Jahre hat sie hier gewirkt, als Assistentin, als Dozentin, als Professorin für Außenwirtschaftsökonomik, als Direktorin der Sektion Außenwirtschaft und als Rektorin der Hochschule. Als Hochschullehrerin trifft für sie die Erkenntnis zu, dass ein wirklich guter Lehrer einen außerordentlichen Einfluss auf seine Schüler hat, nicht und nicht einmal hauptsächlich durch die Inhalte, die er vermittelt. Vor allem beeindruckt er durch seine Persönlichkeit. Wenn wir heute Absolventen der HfÖ fragen, wie sie ihr Studium an dieser Hochschule beurteilen, dann bestätigen sie uns das. Nicht alle Lehrinhalte sind heute noch anwendbar – ein durchaus allgemeines Merkmal akademischer Ausbildung. Aber mindestens so wichtig wie Inhalte – vielleicht noch wichtiger – waren die vermittelten Denk- und Arbeitsweisen und in diesem Zusammenhang der Einfluss des Hochschullehrers, der sich bemüht hat, den Horizont der Studenten zu erweitern, und der noch heute wirksam ist. In diesem Sinne hat auch Christa Luft als Hochschullehrerin gewirkt und hat ihre Studenten und den von ihr betreuten wissenschaftlichen Nachwuchs geprägt.

Zum 1. Oktober 1991 wurde die Hochschule für Ökonomie abgewickelt – der Senat knipste ihr, wie es in den Medien hieß, das Licht aus. Christa Luft hat als Rektorin von 1988 bis 1990 diese letzte Phase an der Hochschule zwar nicht mehr erlebt. Aber die Zeit ihres Rektorats war geprägt von konstruktiven Diskussionen über Lehrinhalte, Strukturen und notwendigen Reformen – auch politischen –, die die HfÖ zukunftsfähig machen sollten. Sie gab dabei selbst viele Anstöße. Zwangsläufig ging es dabei nicht nur mehr allein um die Hochschule für Ökonomie und deren Existenz – es ging vielmehr um die Reformfähigkeit der DDR. Damit war die Zeit ihres Rektorats zugleich eine der kompliziertesten Phasen in der Geschichte der Hochschule.

Christa Lufts 75. Geburtstag ist auch ein guter Anlass, um uns vorurteilsfrei mit der Frage zu beschäftigen, was von dieser Hochschule geblieben ist und was uns ihre Geschichte heute noch zu sagen hat.

Das wirtschaftswissenschaftliche Studium in seiner heutigen Form leistet einer ethisch fragwürdigen Ökonomisierung allen Denkens Vorschub, heißt es in einem Memorandum besorgter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vom März 2012. Sie fordern eine Erneuerung der wirtschaftswissenschaftlichen Lehre und Forschung mit dem Ziel, dem Allgemeinwohl besser zu dienen und dazu nicht zuletzt die ethischen Grundlagen der herrschenden Lehre in den Wirtschaftswissenschaften zur Diskussion zu stellen. Auch Christa Luft fordert einen Paradigmenwechsel der wirtschaftswissenschaftlichen Theorie mit dem Ziel, die Ökonomie aus ihrer Allmachtstellung wieder in die Gesellschaft als deren Teilsystem einzugliedern. Eine wissenschaftliche Schule, die einen praktischen Wert haben will, muss die Frage nach dem Sinn des Wirtschaftens zur Grundlage nehmen. Kann uns also die Geschichte der Hochschule für Ökonomie in dieser Hinsicht Anregungen vermitteln kann und, wenn ja, welche?

Das ist keine einfache Frage. Es besteht einerseits die Gefahr, eigene Irrtümer und Versäumnisse zu verharmlosen. Andererseits gibt es – wie Klaus Steinitz meint - keinen Grund, dass wir bei aller selbstkritischen Reflektion, unsere Arbeit vorwiegend negativ

betrachten und gering schätzen. Die Leistung der HfÖ in Lehre und Forschung verdient eine sachliche d.h. vorurteilsfreie und differenzierte Beurteilung. Bezogen auf die Frage, welche Anregungen sich aus der Geschichte der HfÖ auch für die heutige Zeit gewinnen lassen, will ich nachfolgende Punkte hervorheben:

Als Einheit von Grundlagen-, Fachrichtungsbezogener- und Spezialausbildung war das Studium an der HfÖ ganzheitlich orientiert und nicht auf eine enge, ökonomistische Ausbildung ausgerichtet. Wichtiges Merkmal war sein gesellschaftlicher, insbesondere sein sozialer Bezug. Die Studierenden sollten sich der engen Verflechtung von Wirtschaft und Gesellschaft sowie der herausragenden Bedeutung, die die Wirtschaft für das Wohlergehen von Menschen in einer Gesellschaft hat, stets bewusst sein. D.h. auch in der praktischen Tätigkeit sich der gesellschaftlichen Bedingungen und der Wirkungen wirtschaftlichen Handelns bewusst zu sein. Kurz gesagt: Die Absolventen sollten sich auch durch soziale Kompetenz auszeichnen. Christa Luft hat das als eine politische Ökonomie bezeichnet, die von einem Gesellschaftsbezug ausgeht und sich nicht als reine Ökonomie auf die betriebswirtschaftliche Logik reduziert. Zu dieser ganzheitlichen Orientierung gehörte es auch, die Studierenden in das für das wirtschaftswissenschaftliche Studium relevante philosophische Denken einzuführen. Ziel war es, im Zusammenhang mit den Triebkräften und den allgemeinen Zusammenhängen der gesellschaftlichen Entwicklung, den Studenten den Blick zu öffnen für ihr Fachgebiet überschreitende Sachverhalte in Natur und Gesellschaft, um Wirtschaft als Teil eines Ganzen zu begreifen.

Ganzheitliche, d.h. gesellschaftsbezogene Orientierung bedeutet auch, ökonomische Prozesse aus betriebswirtschaftlicher, volkswirtschaftlicher und weltwirtschaftlicher Sicht zu betrachten. Das komplexe wissenschaftliche Profil der HfÖ bot gute Voraussetzungen für eine solche Herangehensweise, die heute von besonderer Aktualität ist. Die entstandenen und sich ständig vertiefenden nationalen und globalen Widersprüche, sind nicht ohne eine Renaissance gesamtwirtschaftlichen Denkens und Handelns zu lösen. Auch Christa Luft hat sich wiederholt in diesem Sinne geäußert. Sie forderte ein Umdenken vom Markt- zum Gesellschaftsdenken. Marktlogik ersetze kein Gesellschaftsdenken. Das Primat der Politik über die Märkte wieder herzustellen, heißt ganzheitliche Interessen über die von Gruppen zu stellen.

Als weiteres Merkmal ganzheitlicher Orientierung wurde im Studium an der HfÖ Wert gelegt auf die Ausprägung des historischen Denkens, insbesondere durch Verbindung wirtschaftswissenschaftlicher mit wirtschaftshistorischer Ausbildung. Grundsätzlich ging es um die Bewertung der vergangenen Wirtschaftsperioden und die daraus resultierenden Erkenntnisse und Probleme für die künftige Entwicklung. Angestrebt wurde eine wissenschaftliche Geschichte der deutschen Volkswirtschaft. Es ging dabei um die Dialektik von wissenschaftlichen, technischen und sozialökonomischen Zusammenhängen in der Wirtschaft. Wirtschaftsgeschichte im angebotenen Umfang und mit diesem Inhalt war und ist für das wirtschaftswissenschaftliche Studium in Deutschland eher eine Seltenheit. Mit der Geschichte ökonomischer Lehrmeinungen lernten die Studenten – wenn auch nur kurz – schließlich auch unterschiedliche wissenschaftliche Schulen kennen, z. B. zur Arbeitswert- und Reproduktionstheorie, Positionen zur Entwicklung der deutschen Nationalökonomie sowie zu Keynesianismus und zum Neo-Liberalismus. Das trug dazu bei, den Horizont der Studenten zu erweitern.

Zu den grundlegenden Merkmalen einer ganzheitlichen und praxisorientierten Ausbildung gehörte die Einbeziehung der Studenten in die Forschung. Die HfÖ verfügte über ein beträchtliches Forschungspotenzial und über gute Voraussetzungen für die individuelle Betreuung der Studenten und deren Einbeziehung in die Forschung. Forschungszirkel der Studenten beschäftigten sich mit volkswirtschaftlich bedeutsamen Projekten, z. B. mit der Erhöhung der Effizienz der Materialversorgung an der Erdgastrasse oder mit den effektivitätsbestimmenden Faktoren beim Einsatz von Industrierobotern. Das erhöhte den wissenschaftlich produktiven Charakter des Studiums, förderte die Fähigkeit der Studenten zur selbständigen Arbeit und verschaffte ihnen Einblicke in komplexe ökonomische Zusammenhänge.

mische Prozesse in der Praxis mit ihren oft komplizierten Ursache-Wirkungsbeziehungen.

Die HfÖ war ein Kind der DDR und mit deren Werden und deren Entwicklung eng verbunden, aber als der größten wirtschaftswissenschaftliche Lehr- und Forschungseinrichtung der DDR eben auch mit deren Scheitern. Deshalb komme ich nicht umhin, auch über Defizite zu sprechen.

Ein grundlegendes Problem unserer Ausbildung und auch unserer Forschung war der Mangel an Offenheit und Pluralität. Der Marxismus duldet keine Theorien neben sich, Vielfalt war kein Merkmal der Alma mater schrieb Klaus Müller in einem Aufsatz über das Wirtschaftsstudium in der DDR. Das verengte den Horizont der Studenten und behinderte die Entwicklung einer wissenschaftlichen Streitkultur als ein wesentliches Merkmal akademischer Bildung.

In den 1970er, vor allem aber den 1980er Jahren war die Entwicklung der DDR von zunehmenden gesellschaftlichen Widersprüchen und volkswirtschaftlichen Disproportionen gekennzeichnet. Auf vielen Gebieten vergrößerte sich die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Die Konfrontation mit der stagnierenden Entwicklung in den Kleinstädten, mit dem baulichen Verfall innerstädtischer Gebiete unter den Bedingungen eines dominierenden Wohnungsneubaus, mit den entstehenden Disproportionen beim Aufbau neuer Wohngebiete und mit den wachsenden Widersprüchen zwischen Ökonomie und Ökologie – um nur einige Beispiele zu nennen –, all das führte zu lebhaften Auseinandersetzungen mit den Studenten innerhalb und außerhalb der Seminare, besonders dann, wenn sie nach den Semesterferien aus ihren Heimatorten wieder an die Hochschule zurück kehrten.

Volkswirtschaftliche Proportionalitäts- und Effektivitätserfordernisse wurden seitens der zuständigen Leitungsorgane zwar anerkannt, im Widerspruch dazu standen die oftmals voluntaristischen wirtschaftspolitischen Entscheidungen. Betont wurde die Notwendigkeit einer größeren Selbständigkeit und Eigenverantwortung der Unternehmen und Kommunen, es fehlte aber die Bereitschaft seitens der zentralen Staats- und SED Parteiorgane, etwas von ihren volkswirtschaftlichen Kommandopositionen aufzugeben. Die dem Unternehmensgewinn zugeschriebene dominierende Rolle als Effektivitätskriterium stand im Widerspruch zum stark zentralisierten System staatlicher Preisregulierung und der administrativen Verteilung der materiellen und finanziellen Ressourcen. Es hat kein einziges Jahr gegeben, in welchem das vorgesehene Prinzip der Eigenerwirtschaftung der Mittel praktisch verwirklicht wurde, stellte Harry Nick rückblickend fest.

In der Arbeit der HfÖ wurden diese sowie andere zunehmend deutlicher werdende Widersprüche unterschiedlich reflektiert. In der Lehre – anders als in der Weiterbildung – wurden sie, wenn überhaupt, nur mit großer Zurückhaltung behandelt. Der existierende Wirtschaftsmechanismus wurde nicht in Frage gestellt. Erst gegen Ende der 1980er Jahre – als es schon zu spät war – kam es zu Auseinandersetzungen und Reformvorschlägen, initiiert auch von Christa Luft, die die Wissenschaftler dazu ausdrücklich ermunterte.

Der Lehrkörper der HfÖ war davon überzeugt, einer Idee zu dienen, die sich die Schaffung einer besseren und gerechteren Gesellschaft zum Ziel gestellt hatte. Wenn letztlich alle damit verbundenen Anstrengungen scheiterten, hatte das viele Gründe. Erblasten sowie bereits genannte innere Widersprüche, aber auch äußere Einflussfaktoren gehörten dazu. Auch die HfÖ selbst muss sich der Frage nach der eigenen Verantwortung stellen. Die meisten von uns waren aktive Mitgestalter dieser Gesellschaft. Zugleich gab es eine verbreitete verinnerlichte Anpassung an politische Vorgaben und bei der Suche nach Alternativen und der offenen Auseinandersetzung die nicht unberechtigte Furcht vor persönlichen und beruflichen Konsequenzen. Wie auch immer: Wir haben das längst als richtig und notwendig Erkannte nicht rechtzeitig und nachdrücklich genug artikuliert, sondern nur intern, in kleinen Zirkeln diskutiert, wozu es an der HfÖ allerdings eine offene, geistige Atmosphäre gab, die auch einen gewissen Raum ließ für eine selbstbestimmte und schöpferische Gestaltung von Lehre und Forschung. Auch der Frage, ob wir



diese Freiräume hinreichend genutzt haben, müssen wir uns stellen. Dahinter verbirgt sich m.E. aber ein grundsätzliches Problem. Unter dem Aspekt der Defizite und Versäumnisse geht es nicht nur – und vielleicht nicht einmal hauptsächlich – um einzelne Probleme, Beispiele oder theoretische Fragen. Schwerwiegender sind grundsätzliche Versäumnisse hinsichtlich der Funktion der Wissenschaft und des Wissenschaftlers in der Gesellschaft. Der kritischen Funktion der Wissenschaft, d.h. dem fragenden Zweifel und der dialektischen Negation in ihrer Einheit von überwinden, aufbewahren und weiterentwickeln – wie es unser Kollege Günter Söder ausdrückte, sind wir als Wissenschaftler nur sehr ungenügend gerecht geworden. Das gilt für Lehre und Forschung gleichermaßen.

Zur Leistungsbilanz der Hochschule für Ökonomie gehört eine große Anzahl von Büchern, Lehrbücher und Monografien, die fast das ganze Spektrum der Wirtschaftswissenschaften, der Wirtschaftsgeschichte und Teile der Rechtswissenschaften und der Wirtschaftsinformatik umfasst. Es gehören dazu zahlreiche Forschungsberichte und Studien für zentrale staatliche Organe, Unternehmen und Kommunen, auch solche, die in zahlreichen internationalen wissenschaftlichen Konferenzen ihren Ausdruck fanden.

Als Beispiele seien Arbeiten zum System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und Bilanzierung genannt, zur Erhöhung der Effektivität der Außenwirtschaftsbeziehungen, zur Preisbildung zwischen den Staaten des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), zur optimalen Gestaltung von Innovationsprozessen sowie Arbeiten zu Wachstum, Effektivität und Stabilität, als eine auch international zentrale Problematik. Eine Voraussetzung dafür war die frühzeitige Hinwendung der HfÖ zur interdisziplinären Arbeit, zur Kooperation mit anderen Universitäten, Hochschulen, Instituten der Akademie der Wissenschaften der DDR, Forschungseinrichtungen und Unternehmen der Wirtschaftspraxis sowie die Teilnahme an der internationalen Wissenschaftskooperation. Aus inhaltlicher Sicht betrachtet waren das sicher keine herausragenden und international weit beachteten Ergebnisse, wie Klaus Steinitz bezogen auf die gesamte wirtschaftswissenschaftliche Forschung in der DDR festgestellt hat. Wohl aber handelt es sich um gute und nützliche Beiträge zur Vervollkommnung des Planungssystems der Volkswirtschaft, zur Qualifizierung der Aus- und Weiterbildung und zur unmittelbaren Anwendung in der Wirtschaftspraxis.

Sie reichten allerdings nicht aus für eine tiefer gehende Reformierung des realen Sozialismus. Ursächlich dafür waren auch Hemmnisse für die Forschungsarbeit, wie z. B. der Monopolanspruch der SED-Parteiorgane für die Deutungshoheit in Fragen der sozialökonomischen Theorie, ihr restriktiver Einfluss auf die ökonomische Forschung in der DDR und auch der hohe Geheimhaltungsgrad vieler grundlegender Daten der Volkswirtschaft. Wir wollen aber auch nicht die zum Teil erheblichen Unterschiede übersehen, die es zwischen den Beiträgen der ökonomischen Forschung gab. Nicht alle waren bereit, neue Fragen und Probleme aufzugreifen. Einige begnügten sich auch mit der Interpretation der Parteibeschlüsse und ihrer Würdigung als richtungsweisende Orientierungen.

Ihrem wissenschaftlichen Profil und ihrem Forschungspotenzial entsprechend, unterhielt die HfÖ ein breites Netz an internationalen Kontakten und Beziehungen. Wissenschaftler der HfÖ arbeiteten mehrjährig an namhaften internationalen Instituten wie z. B. dem Internationalen Institut für angewandte Systemanalyse in Laxenburg bei Wien. Christa Luft selbst, zusammen mit einer Reihe weiterer Wissenschaftler der HfÖ, war mehrjährig als stellvertretende Direktorin am Internationalen Institut für Ökonomische Probleme des Sozialistischen Weltsystems tätig. Roland Poller, ihr Kollege aus der damaligen Zeit, wird ausführlicher darüber sprechen.

Mehr als zehn Wissenschaftler der HfÖ arbeiteten seit den 1960er Jahren am Institut für Nationale Planung in Kairo. Die HfÖ war auch durch ständige Mitglieder an internationalen Instituten vertreten, so z. B. am Institut of Public Finance, am International Statistical Institut sowie der International Society for Inventory Research.

Umfangreiche Beziehungen seit den 1970 Jahren unterhielt die HfÖ mit dem Ghokale Institut für Politik und Wirtschaft in Puna (Indien), wo Wissenschaftler der HfÖ ein jährliches Vorlesungsprogramm von bis zu 210 Std. getragen haben. Es gab Verträge und Arbeitsvereinbarungen über Gastvorlesungen, Studentenaustausch und gemeinsame Forschungsprojekte mit mehr als 20 Universitäten, Hochschulen und Instituten der ehemals sozialistischen Länder, aber auch mit der Reichsuniversität Antwerpen, der Wirtschaftsuniversität Wien, der Universität Joensuu (Finnland) und japanischen Universitäten. Über mehrere Jahrzehnte veranstaltete die HfÖ Internationale Sommerkurse und im Auftrag der Regierung der DDR und der UNIDO Trainingskurse für Industrieplanung für Experten aus Ländern der 3. Welt. Nicht unerwähnt soll die Ausbildung von nahezu 1000 Studenten aus mehr als 50 Staaten bleiben, vorwiegend aus ehemals sozialistischen Ländern und Ländern der 3. Welt, die zum Diplom oder zur Promotion geführt wurden.

Diese kurze unvollständige Zusammenfassung der internationalen Aktivitäten der HfÖ unterstreicht noch einmal ihre wissenschaftliche Leistungsfähigkeit auf der Grundlage ihres komplexen wissenschaftlichen Profils. Wir wollen das aber realistisch sehen. Rückblickend und im internationalen Vergleich müssen die Auslandsbeziehungen und Aktivitäten differenziert beurteilt werden. Die ungenügende Offenheit und Pluralität in Lehre und Forschung spiegeln sich in gewissem Maße auch in den internationalen Beziehungen wieder. Auf die Abschottung der ökonomischen Wissenschaften der DDR von der scientific community wurde bereits hingewiesen. Gemessen an diesen Beschränkungen waren die internationalen Beziehungen der HfÖ aber durchaus beachtenswert.

Zur Geschichte der HfÖ gehören auch die in den Jahren 1989 bis 1991 durchgeführten strukturellen und inhaltlichen Veränderungen. Erforderlich war u.a. eine stärkere Ausprägung des betriebswirtschaftlichen Profils. Institute bzw. Fachgebiete z. B. für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Innovationsmanagement, Logistik, Umweltökonomie, Sozialpolitik, Internationales Marketing, Geld, Kredit und öffentliche Finanzen oder Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik wurden ausgebaut oder neu aufgebaut. Es sollten damit Voraussetzungen geschaffen werden für die notwendige inhaltliche Neuausrichtung von Lehre und Forschung, nachdem es erste Überlegungen dafür bereits Mitte der 1980er Jahre gegeben hat. Das wissenschaftliche Potenzial für den Fortbestand der HfÖ war vorhanden und die konzeptionelle Arbeit war auf einem guten Weg. Aber die HfÖ galt als Kadenschmiede der DDR. Ihr Fortbestand war aus politischen Gründen nicht gewollt. Mit der pauschalen Abwicklung der HfÖ, d.h. Rotstift statt Evaluation, wurde auch nach Meinung namhafter Wissenschaftler der BRD eine Chance für eine überfällige Reform des Hochschulwesens vertan.

Verehrte Anwesende, wenn man sich auf eine Rede vorbereitet, vor allem auf eine, die mit einem Jubiläum verbunden ist, sucht man auch gern einmal Anregungen in der einschlägigen Literatur. Ich bin dabei auf eine Redensart gestoßen, wonach es im Leben eines Menschen einen Punkt gibt, ab dem die Freude an der Vergangenheit größer ist als die Freude an der Zukunft. Wenn das überhaupt zutrifft, so sei gesagt: Diesen Punkt hat Christa Luft noch lange nicht erreicht. Sie kann, Klaus Steinitz hat das eindrucksvoll dargelegt, auf ihre Vergangenheit stolz sein und sich darüber freuen, aber wir erwarten auch in der Zukunft noch einiges von ihr.

**Roland Poller**

## **Zum Symposium für Christa Luft**



Liebe Freunde von Christa Luft,

ich darf mich einreihen, liebe Christa, in die Schar der Gratulanten zu Deinem Jubiläumsgeburtstag. Heute hier zu sprechen, ist für mich Freude und Ehre zugleich.

Theoretisch könnten wir uns mehr als 50 Jahre kennen. Praktisch sind es wohl ein paar Jahre weniger. Es war die Hochschule für Ökonomie Berlin, die uns zusammengeführt hat. 1964 habe ich mein Studium an der volkswirtschaftlichen Fakultät abgeschlossen, im selben Jahr hast Du an der Fakultät für Außenhandel promoviert. Während Du das Basislager zur Erstürmung der wissenschaftlichen Gipfel der Außenwirtschaft schon erreicht hattest, mühte ich mich als Assistent auf den Ebenen der Volkswirtschaftsplanung.

Unsere Wege kreuzten sich ganz gewiss auf Veranstaltungen und Beratungen an der Hochschule. Zu unmittelbar gemeinsamer Tätigkeit fanden wir erst 2000 Kilometer von Berlin entfernt in Moskau, als Du vom Ministerrat der DDR 1978 an das Internationale Ökonomische Institut des RGW delegiert worden bist.

Ich war bereits ein Jahr am Institut tätig. Die Nachricht, dass Prof. Luft als Stellvertretende Direktorin ans Institut kommt, wurde von den DDR-Mitarbeitern mit Freude aufgenommen. Wir konnten davon ausgehen, dass damit unsere Stellung am Institut aufgewertet wird, und, besonders wichtig, dass wir Impulse und Unterstützung in unserer Forschungsarbeit erwarten konnten.

Für mich persönlich traf letzteres in besonderem Maße zu. Kurz nach Beginn meiner Tätigkeit wurde ich vom Direktor des Instituts, Prof. Schirjajew beauftragt, eine neue Forschungsgruppe im Institut zu formieren und zu leiten. Ihr Gegenstand: „Die Investitionszusammenarbeit der RGW-Länder.“ Das empfand ich als durchaus reizvolle Aufgabe.

Doch damit nicht genug. Etwa sechs Wochen später erklärte mir Prof. Schirjajew, dass das Planungskomitee des RGW den Beschluss gefasst habe, das Institut zu beauftragen, eine Analyse mit Schlussfolgerungen über den Stand der Realisierung des langfristigen Zielprogramms auf dem Gebiet der Energie-, Roh- und Brennstoffwirtschaft zu erarbeiten und dem Büro des Planungskomitees vorzulegen. Er bat mich, die Ausarbeitung dieses Berichtes zu leiten, dazu eine Arbeitsgruppe aus Mitarbeitern aller Abteilungen des Instituts zu bilden, mit meiner neuen Forschungsgruppe als Kern. Du kannst Dir vorstellen, Christa, dass ich sehr froh war, Dich am Institut willkommen zu heißen.

In Deiner Funktion als Stellvertretende Direktorin warst Du unmittelbar verantwortlich für die inhaltliche Anleitung und Kontrolle der Forschungsarbeit von zwei Abteilungen, der Abteilung „Probleme der Zusammenarbeit der RGW-Länder auf dem Gebiet der Planungstätigkeit“ und der Abteilung „Ware-Geld-Probleme der RGW-Zusammenarbeit“. Aufgrund Deines umfangreichen Wissens und Deiner Leitungserfahrungen hast Du von Anfang an Einfluss genommen sowohl auf das konzeptionelle Herangehen an die Forschungsarbeit beider Abteilungen als auch auf den Inhalt ihrer Ergebnisse.

Da meine Forschungsgruppe zur Abteilung Planungszusammenarbeit gehörte, warst Du mit Beginn Deiner Tätigkeit am Institut auch mit der Fertigstellung und Übergabe des Berichts zum langfristigen Zielprogramm Energie-, Roh- und Brennstoffwirtschaft an das RGW-Sekretariat konfrontiert. Der Entwurf des Berichts war zu diesem Zeitpunkt bereits im Wissenschaftlichen Rat des Instituts beraten und bestätigt worden mit der Auflage, ihn entsprechend den gegebenen Hinweisen zu überarbeiten und dem Planungsbüro vorzulegen.

In diese Arbeitsphase hast Du Dich sofort eingeschaltet, konkrete Vorschläge unterbreitet und selbst mit Hand angelegt. Du hast es zum Beispiel für erforderlich gehalten, die Problematik der Einsparungspotentiale an Energie- und Rohstoffen durch Senkung des spezifischen Verbrauchs, aber auch durch abgestimmte strukturelle Veränderungen der Produktionspotenziale der RGW-Länder deutlicher herauszuarbeiten. Das machte es erforderlich, die Maßnahmen zur Lösung des Energie- und Rohstoffproblems stärker mit der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit und der internationalen Spezialisierung und Kooperation der Produktion zu verzahnen. Das verlangte u.a., den Wechselbeziehungen zu den anderen langfristigen Zielprogrammen, insbesondere zum Maschinenbauprogramm, mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Kurz zur Erinnerung: Auf Basis des 1971 vereinbarten Komplexprogramms für die weitere Vertiefung und Vervollkommnung der Zusammenarbeit und Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration der Mitgliedsländer des RGW beschloss die XXX. Tagung des RGW 1976, langfristige Zielprogramme der Zusammenarbeit auf fünf ausgewählten Gebieten mit einem Zeithorizont von 15 Jahren, also bis etwa 1990, zu erarbeiten.

Es handelte sich dabei um folgende Gebiete:

- Energie, Roh- und Brennstoffwirtschaft
- Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft
- Maschinenbau
- Produktion industrieller Konsumgüter
- Transportwesen

In jedem Zielprogramm wurden die Prinzipien und Hauptrichtungen der Zusammenarbeit fixiert sowie die Hauptwege zur rationellen Befriedigung des Bedarfs an ausgewählten Erzeugnissen und zur Erhöhung der Effektivität der Produktion bestimmt. In einem zweiten Abschnitt wurden dann die konkreten Maßnahmen aufgelistet, die der Erreichung der formulierten Ziele dienen sollten. Insgesamt enthielten die Programme 340 Maßnahmen der Zusammenarbeit, davon 87 auf dem Gebiet der Roh- und Brennstoffwirtschaft, knapp ein Viertel davon betraf die gemeinsame Errichtung von Objekten zur Gewinnung, Verarbeitung und den Transport entsprechender Produkte.

Die Umsetzung der Zielprogramme erfolgte durch die Ausarbeitung mehrseitiger Abkommen und darauf fußender zweiseitiger Vereinbarungen. In diesen Abkommen wurden u.a. die erforderlichen materiellen und finanziellen Ressourcen, der Umfang der Beteiligung der einzelnen Länder und die von jedem Land zu lösenden Aufgaben, z. B. Art und Höhe objektbezogener Ausrüstungslieferungen und Beteiligung mit Arbeitsleistungen vereinbart. Gleichzeitig wurden die Bedingungen auf dem Gebiet der Preisbildung, der Valuta- und Finanzbeziehungen und der Außenhandelstätigkeit festgeschrieben.

Soweit ein knapper Blick auf den Hintergrund unseres Berichtes.

Es kam der Tag der Tage, zumindest habe ich das so empfunden. Ich sehe noch heute den großen Konferenzsaal im RGW-Gebäude vor mir, die Delegationen der Länder unter Leitung der Stellvertretenden Vorsitzenden der Plankommissionen für die RGW-Arbeit.

Unser Tagesordnungspunkt wurde aufgerufen. Christa Luft als Stellvertreterin unseres Institutsdirektors wurde das Wort erteilt. Souverän und akzentuiert hat sie ausgewählte inhaltliche Fragen hervorgehoben und einige im Bericht enthaltene Schlussfolgerungen noch einmal unterstrichen und begründet. Dann Stille. Wer würde sich äußern? Und vor allem wie? Es war immerhin das erste Mal, dass das Institut Forschungsergebnisse in einem herausgehobenen Gremium des RGW vorstellte.

Es sprachen fünf Delegationsleiter, darunter die Leiter der sowjetischen und schließlich auch der DDR-Delegation. Alle äußerten sich zustimmend. Natürlich gab es Akzentuie-



rungen aus der Sicht der Interessenlage des jeweiligen Landes, Forderungen hinsichtlich der Schwerpunktsetzung für die weitere Arbeit des Instituts und des RGW-Sekretariats. Dem Institut wurden Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit und für den vorgelegten Bericht ausgesprochen und der Auftrag erteilt, die Forschungsarbeit auf diesem Gebiet zu forcieren. Ende gut, alles gut.

Und dennoch, mir war damals bewusst – und davon bin ich auch heute noch überzeugt – dass ohne Deine Autorität, Christa, ohne Dein kluges überzeugendes Auftreten im Planungsbüro die Sache auch anders hätte ausgehen können. Ich hatte bei der Arbeit an diesem Bericht hin und wieder erfahren müssen, dass es bei einigen leitenden Mitarbeitern des RGW-Sekretariats durchaus Vorbehalte gegenüber der Nützlichkeit des Instituts und auch in Bezug auf dessen Arbeit gab.

Ich möchte aus unserer Tätigkeit im Institut – ohne näher darauf einzugehen – noch die wissenschaftliche Konferenz zum Thema „Hauptformen und ökonomische Bedingungen der Investitionszusammenarbeit der RGW-Länder“ erwähnen, die Ende 1979 in Budapest stattfand, und die wir gemeinsam mit der Politischen Hochschule der USAP unter Beteiligung des Internationalen Forschungsinstituts für Leitungsprobleme vorbereitet und durchgeführt haben.

Im Zusammenhang mit unserer Tätigkeit in Moskau will ich einen Eindruck wiedergeben, über den ich immer wieder nachgedacht habe. Bei der Arbeit an dem Bericht für das Planungsbüro habe ich viele DDR-Mitarbeiter in den relevanten Fachabteilungen konsultiert. Dabei haben mich ihr umfangreiches Wissen und ihre Ideen sehr beeindruckt. Leider wurde dieses große Potenzial an Wissen und Erfahrung meines Erachtens nur in unzureichendem Maße für die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit genutzt, da ihre Arbeit weitgehend von Direktiven aus der Heimat bestimmt war.

Neben ihrer wissenschaftsleitenden Tätigkeit hat Christa Luft im Institut und im RGW-Sekretariat eigene wissenschaftliche Ausarbeitungen zur Diskussion gestellt und veröffentlicht, vor allem zu Problemen der Entwicklung des Außenhandels der RGW-Länder und zu Fragen der Wechselbeziehungen zwischen Planungszusammenarbeit und der Ausnutzung der Ware-Geld-Beziehungen.

Christa hat sich im internationalen Kollektiv des Instituts große Autorität erworben, ihre Meinung war stets gefragt und geachtet. Sie hat Überlegungen z. B. zu einer wirksameren Verbindung von Grundlagen- und praxisorientierter Forschung und zum wissenschaftlichen Leben im Institut vorgestellt. Nebenbei bemerkt, in dieser Zeit hat sie 15 Artikel veröffentlicht und war an der Ausarbeitung von drei Monografien beteiligt.

Sicherlich ist ihr lebenskluger und warmherziger Charakter eine Ursache dafür gewesen, dass – wer Rat oder Hilfe benötigte – sich vertrauensvoll an sie wenden konnte. Als ich in Vorbereitung auf den heutigen Tag Materialien aus der Institutszeit durchsah, fand ich ein Gutachten von Christa für die Dissertation unseres kubanischen Mitarbeiters Julio Diaz Vasquez. Ich erinnere mich noch an die vielen Diskussionen mit Julio in Moskau. Er war ein guter Freund mit karibischem Temperament.

Ende 1983 hat Christa noch ein Gutachten erstellt. Aus meiner Sicht das Bedeutendste bis dahin. Sie war Gutachterin in meinem Promotion-B-Verfahren. Nochmals Danke, Christa, auch wenn es fast 30 Jahre her ist.

Im August 1981 trennten sich unsere Arbeitswege wieder. Du kehrtest mit Deiner Familie nach Berlin zurück. Ich verließ das Institut wenige Monate später. Unser kameradschaftliches, vielleicht darf ich sagen freundschaftliches Verhältnis haben wir bewahrt. Du hast zunächst wieder die Leitung der Sektion Außenwirtschaft übernommen, ich wurde später Leiter des Wissenschaftsbereichs Volkswirtschaftsplanung.

1988 wurdest Du Rektorin der Hochschule. Nach der Wahl durch den Wissenschaftlichen Rat hast Du in Deiner Dankesrede dazu aufgefordert, den Spielraum der Hoch-

schule im gesellschaftlichen Kontext der DDR trotz aller einengenden politischen Barrieren voll auszuschöpfen, um Vorschläge zur effektiveren Leitung der Volkswirtschaft und zur Erhöhung der Effizienz des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses zu erarbeiten. Da stand das politische Fiasko der DDR aber schon vor der Tür. Wir spürten das Problem, haben es oder wollten es jedoch nicht wahrhaben.

Die Ereignisse überstürzten sich. Nach der dilettantischen oder vielleicht kühl kalkulierten Grenzöffnung hast Du an der Seite von Hans Modrow alles getan, um den gesellschaftlichen Frieden zu bewahren und Chaos zu verhindern sowie einige Dinge im Interesse der DDR-Bürger noch zu regeln, was nur partiell gelingen konnte.

Durch Deine politische, Deine wissenschaftliche, journalistische und schriftstellerische Tätigkeit nach 1990 hast Du Dir Achtung und Sympathien bei vielen ehemaligen Studenten und Mitarbeitern der Hochschule aber auch darüber hinaus bei vielen gleichgesinnten Menschen der untergegangenen DDR erworben. Auch manche Deiner politischen Konkurrenten haben Dir Ihren Respekt nicht versagt.

Liebe Christa, ich möchte abschließend eine Sentenz aus Goethes Faust leicht abwandeln und feststellen: „Mit Euch, Frau Professorin, zu disputieren ist angenehm und ist Gewinn.“

Für das letzte Viertel Deines ersten Lebensjahrhunderts wünsche ich Dir Gesundheit, viele frohe Stunden im Kreise Deiner Familie und Deiner Freunde, ich wünsche, dass es Dir gelingen möge, Deine Absichten und Pläne für die Zukunft zu verwirklichen.

**Hans Modrow**

## **Christa Luft zum 75. Geburtstag**



Liebe Christa, herzliche Glückwünsche und Dank für eine Zeit gemeinsamer Tätigkeit!

Dein Weg durchs Leben, seit nunmehr 75 Jahren, hatte viele Wegbegleiter. Einige von ihnen haben heute ihre Erinnerungen und Erfahrungen aus gemeinsamem Wirken vorgetragen. Auch ich will dazu beitragen. Zu drei Momenten möchte ich etwas sagen:

- zur Hochschule für Ökonomie, der ich in besonderer Weise verbunden bin;
- zur gemeinsamen Arbeit in der Regierung der DDR und auch
- einige Bemerkungen zu unserer Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Bei der Ankündigung meines Beitrages wurde ein Fernstudium an der Hochschule für Ökonomie (HfÖ) erwähnt. Das muss ich etwas präzisieren und zugleich sage ich damit etwas zur besonderen Aufgeschlossenheit, mit der an der Hochschule auf spezielle Studienbedingungen eingegangen wurde.

1959 war für mich überschaubar, dass sich meine Jahre als hauptamtlicher FDJ-Funktionär ihrem Ende nähern. Was dann kommen würde, war offen. Der Jugendoffizier der Roten Armee, der mir bei meiner Arbeit im Jugendverband ein guter Freund war, sagte einmal: Vergiss die eigene Aus-bildung nicht, wenn du dir eine bestimmte Unabhängigkeit bewahren willst und nicht denen immer dankbar sein musst, die dich auf einen Stuhl gesetzt haben. Klar war aber 1959, dass das organisierte Fernstudium nicht zu meinen Arbeitsbedingungen passte. Ich fragte also in der HfÖ an, ob ich nicht als Externer studieren und ein Examen ablegen könnte. Dem wurde zugestimmt und ein Programm für mein Studium vereinbart. Es gab Lehrmaterial, das ich durcharbeiten hatte, Konsultationen und feste Prüfungstermine. Kurze Nächte und arbeitsreiche Wochenenden gehörten zur Lebensweise in dieser Zeit. Es waren, nach drei Jahren Fernstudium an der Parteihochschule der SED, zwei wirklich harte Jahre. Zwischen diesen beiden Studienformen gab es aber beachtliche Unterschiede. Was hier schon betont wurde, kann ich nur bestätigen: Die Hochschullehrer der HfÖ haben viel gefordert, standen aber für Konsultationen stets zur Verfügung und ermutigten damit die eigenen Anstrengungen. Ende 1960 machte ich mein Examen als Diplomwirtschaftler. Die Diplomarbeit schrieb ich über ein Thema, das mir nahe war. Ich befasste mich darin mit den jungen Erfindern, Neuerern und Aktivisten.

Der Schritt vom Sekretär des Zentralrates der FDJ und 1. Sekretär ihrer Bezirksleitung zum Assistenten in einem Großbetrieb, dem EAW Treptow, war unüblich. Ich ging diesen Schritt. Dabei traf ich wieder auf Spuren der Hochschule für Ökonomie. Meine Chefin, Irene Fenske, hatte ihre Aus-bildung an der HfÖ in Karlshorst erhalten. Als sie mir nach wenigen Wochen eigenständig zu lösende Aufgaben übertrug, war ich den Lehrkräften der HfÖ nachträglich dankbar. Natürlich konnte ich nicht im Entferntesten ahnen, dass eine Rektorin dieser Hochschule einmal meine Stellvertreterin sein würde.

Es wurde hier schon auf weise Voraussagen hingewiesen, die Christa Luft im Deutschen Bundes-tag vorgetragen hat.

Liebe Christa, als wir unsere Ämter in der Regierung der DDR antraten, stellten wir uns einer hohen Verantwortung. An weisen Voraussagen mangelte es uns allerdings.

Am 18. Oktober 1989 übernahm Egon Krenz, noch von Erich Honecker vorgeschlagen, die Führungsämter an der Spitze von Partei und Regierung, und Günter Mittag und

Joachim Herrmann mussten das Politbüro verlassen. Doch auch nach dem 18. Oktober blieb die SED von der Spitze her im Grunde führungslos. An der Basis begann der Zerfall, die Mehrheit der Funktionäre auf allen Ebenen verlor das Vertrauen. Dem Generalsekretär und seiner Umgebung fehlte noch immer der Zugang zu den Realitäten im Land. Noch am 1. November 1989, beim Gespräch zwischen Krenz und Gorbatschow, gingen sie von der Stabilität der Regierung unter Willi Stoph aus. Wir jedenfalls konnten noch nicht ahnen, was auf uns zukommen würde. Am 7. November 1989 war dann klar, dass die Regierung Stoph alles Vertrauen verloren hatte und mit ihrem Rücktritt dem Zorn der Bevölkerung weichen musste. Eine neue Regierung musste gebildet werden und in schwerster Zeit für die DDR die Verantwortung übernehmen.

Da die SED auch den neuen Ministerpräsidenten zu stellen hatte, wurde der Generalsekretär Egon Krenz aktiv. Wie die Dinge im Hintergrund im Einzelnen abgelaufen sind, weiß ich bis heute nicht. Nur eines ist mir bekannt geworden. Nach drei Ablehnungen war ich der vierte Kandidat, der dann seine Zusage gab. Am 8. November 1989 erhielt ich im ZK der SED den Auftrag zur Bildung einer neuen Regierung. Während die vier Blockparteien mit ihren Kandidaten sprachen und mir ihre Vorschläge für eine Regierung der großen Koalition unterbreiteten, überließ es mir die eigene Partei allein, geeignete Kandidaten zu finden.

Es könnte gesagt werden: Die Grenze war, wie auch immer geschehen, inzwischen offen; und da glaubten Modrow und Luft noch daran, die DDR zu bewahren und ihre sozialistische Umgestaltung in Angriff zu nehmen. Andere gehen weiter und sprechen heute davon, dass wir der Konterrevolution Raum gegeben haben, und die DDR nicht, wenn nötig, mit der Waffe verteidigt wurde.

Es setzte viele, vor allem in der eigenen Partei, in Erstaunen, dass ich nicht nach wirtschaftspolitischen Studien aus der Akademie für Gesellschaftswissenschaften oder dem Zentralinstitut für sozialistische Wirtschaftsführung beim ZK der SED (ZISW) in Rahnsdorf gefragt habe. Aber ich wollte mich nicht auf die Arbeit von parteipolitisch so eingebundenen Institutionen stützen. Der beste Weg dazu schien mir, wenn die Rektorin der Hochschule für Ökonomie, wo auf dem entscheidenden Gebiet der Wirtschaft an Umgestaltungsproblemen gearbeitet wurde, meine Stallvertreterin für Wirtschaft werden würde. Damit wären gleich zwei Dinge gelöst, die Kaderfrage und die Chance für inhaltliche Erneuerung.

Da Willi Stoph, formal berechtigt, keine Möglichkeiten für eine Arbeit im Regierungsgebäude erlaubte, wurde im Gästehaus der ZK der SED an der Spree ein eigenes Arbeitszentrum geschaffen. Staatssekretär Harry Möbis, auch ein Absolvent der Hochschule für Ökonomie, war hier ein wichtiger Helfer.

Es kam zwischen Christa und mir zur ersten Begegnung. Das müsste am 10. oder 11. November 1989 gewesen sein. Du, liebe Christa, kamst mit einer großen Bereitschaft für Unterstützung, mit deiner Hochschule als Hinterland. Ich aber wollte gleich beides, deinen Rat einschließlich Leistungen des Hinterlandes, die du ja selbst nachdrücklich gefördert hattest, und deine Mitverantwortung in der Regierung. Du brachtest nachdrücklich persönliche Einwände vor. Ich aber hatte nur den einen Gedanken: Wie kannst du Christa Luft davon überzeugen, dass wir gemeinsam Verantwortung übernehmen und gewiss auch große Lasten gemeinsam zu tragen haben.

Christa meint bis heute, die Bereitschaft zum Mittun war gegeben, ein eindeutiges „Ja“ zum Amt habe sie aber nicht ausgesprochen. Ich glaube noch heute daran: Sie hatte ihr Ja zum Amt zwar nicht laut ausgesprochen, aber die gemeinsame Arbeit, die gegenseitige Zuverlässigkeit, oft ein Verständnis mit wenigen Worten (für lange Sätze gab es oft gar keine Zeit) und gemeinsame Sachkunde, mit der wir gearbeitet haben, sprechen noch heute für ein ganz kräftiges Ja. Ein Echo darauf hast du, liebe Christa erlebt und erlebst du bis heute. Die politischen Gegner haben es bis heute im Ohr und feinden dich an. Aber Millionen Bürger stimmen dir zu, weil sie die Verantwortungsträgerin Chris-

ta Luft achten und viele sie auch herzlich mögen.

Was unsere Regierungszeit betrifft: Wir haben Gewaltlosigkeit gesichert, ein Chaos verhindert, dem Wohl des Volkes gedient und Bündnispflichten eingehalten. Es gab keine Gewalt, aber nicht vor allem deshalb, weil die Bürgerbewegung sie nicht wollte, sondern vor allem deshalb nicht, weil wir die Macht nicht mit Gewalt eingesetzt haben. Wir erfüllten, was ich dem Armeegeneral Luschew, Oberbefehlshaber des Warschauer Vertrages, immer wieder versichern konnte: wir sichern unsere Bündnispflicht und setzen alle Möglichkeiten ein, um durch Gewaltlosigkeit Konflikte mit Einheiten der Sowjetarmee auf dem Boden der DDR zu verhindern.

Wir waren uns auch schnell einig, unter deiner Leitung eine ständige Koordinierung der Wirtschaft zu sichern und an strategischen Wirtschaftsfragen zu arbeiten. Wenn Weihnachtsteller 1989 gefüllt waren, dann war das doch nur möglich, weil die Wirtschaft das noch hergab. Viele Weihnachtsteller waren auf dem Gebiet der DDR 1990 weniger gefüllt, weil die Währungsunion ohne soziale Union schon massenhaft Arbeitsplätze zerstört hatte. Und was die Strategie betrifft, könnte es auch bei dem heutigen Schwerpunkt Transformationsforschung nicht falsch sein, einmal gründlicher die Reformschritte dieser Zeit zu analysieren und zu prüfen, welche Ideen aus dieser Zeit noch heute über den Kapitalismus hinaus weisen

Die Außenhändler haben hier über die Integration im RGW und das Wirken von Christa Luft auf diesem Feld gesprochen. Auch ein kubanischer Kollege wurde erwähnt. Als wir am 9. und 10. Februar 1990 in Sofia zur Beratung des RGW waren, wurde Christa an diese Zusammenarbeit noch einmal erinnert. Es sollte eine Kommission gebildet werden, die eine Reform des RGW ausarbeitet. Die Sowjetunion verkündete den künftigen Handel auf Dollarbasis. Die DDR benannte Christa für die Mitarbeit in dieser Kommission, aber die Zeit für eine Reform war längst vorbei. Carlos Rafael Rodriguez, der Vertreter Kubas, sagte damals zu mir: „Nun wird Kuba seinen sozialistischen Weg allein fortsetzen müssen. Der RGW ist zerfallen, aber Kuba ist noch immer unterwegs und unsere Solidarität bleibt weiter gefragt.“

Wir waren nicht hilflos, sondern immer daran orientiert, den Realitäten gerecht zu werden. Auch in der erweiterten Regierung waren Leute wie Wolfgang Ullmann, Walter Romberg, Mathias Platzeck mit uns um Stabilität der DDR bemüht und setzten sich für die Interessen der DDR-Bürger im Prozess der Vereinigung ein.

Mit dem 13. Februar 1990 und der Bildung der „Allianz für Deutschland“, nicht mit dem CDU-Vorsitzenden der DDR an der Spitze, sondern faktisch mit Helmut Kohl und einem politisch und finanziell aus dem Westen gesteuerten Zentrum in West-Berlin, wehte uns ein starker Wind von rechts ins Gesicht. Diese Kräfte konnten den Wahlkampf in der DDR mit deutlicher Einmischung demagogisch führen, weil wir Stabilität bewahrten und die Vorbereitung der Wahlen möglich machten.

Es war weder falsch noch naiv, was wir wollten und taten. Dass wir der Realität nahe blieben, zeigt auch der Kurs auf eine Regierung der Nationalen Verantwortung und das Sich-Einstellen auf einen unabwendbaren Prozess der Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Für alle diese Schritte tragen wir die Hauptverantwortung, der wir uns damals gestellt haben und zu der wir auch heute stehen. Wie unsere politischen Gegner darüber denken, haben wir in unterschiedlicher Weise und zu verschiedenen Zeiten im Deutschen Bundestag erlebt. Es gehört zu den Unsäglichkeiten dieses Hohen Hauses, dass ein Mann wie Gerhard Riege das fürchterliche politische Klima nicht mehr ertragen konnte und sich das Leben nahm.

Und noch ein Wort sei hier gesagt. Die Bilder von heute werden so gemalt, als habe es nach 1945 nur einen Geheimdienst auf deutschem Boden gegeben, den der DDR. Wie der Geheimdienst der Bundesrepublik nahtlos aus dem des dritten Reiches erwachsen konnte, ist hinreichend bekannt. Was ich aber gern wüsste, ist, welche Rolle er im



Herbst 1989 und im Prozess des Beitritts gespielt hat, wer die Akteure waren. Manche, die heute die Geschichte der DDR umschreiben, um damit dem Zeitgeist zu dienen, gehörten vielleicht zu diesen Akteuren. Aber noch gibt es keine Möglichkeit zur Akteneinsicht.

Eine Bemerkung zur Rosa-Luxemburg-Stiftung sei mir noch gestattet.

Christa Luft war mit ihr immer eng verbunden und ist es noch immer. Für die Stiftung hat sie sich im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages nachhaltig und zum noch immer sichtbaren Nutzen der Stiftung eingesetzt. Klaus Steinitz sprach hier mit feiner Zurückhaltung davon, dass das Kuratorium der Stiftung in einen wissenschaftlichen Beirat umgewandelt wurde und damit für Christa Luft die Tätigkeit als Vorsitzende dieses Gremiums beendet war. Ich sehe diesen Vorgang etwas anders und bedauere ihn noch immer. Die Satzung der Stiftung wurde verändert, um das Kuratorium aufzuheben. Das Kuratorium hat nicht immer nur Lob ausgesprochen, sondern mehr Wert auf eine kritische Wertung der Arbeit gelegt. Damit wird, so scheint es mir, ein grundsätzliches Problem nicht nur in unserer Stiftung, sondern auch in der Partei DIE LINKE berührt. Lob soll sein und tut den Menschen gut. Aber Prozesse gestalten, Entwicklung in die Zukunft hinein sichern, braucht vor allem ein offenes, kritisch-konstruktives Klima. Christa Luft setzte gerade auf ein solches Klima. Manche Menschen sagen heute, früher habe man den Mund nicht aufmachen können und sind heute dabei, Anderen zum Munde zu reden. Das ist Christas Sache nicht. Ihre Persönlichkeit hielt es aus, wenn das nicht allen gefiel.

Liebe Christa, nun noch eine Bitte. Da es heute immer um Projekte geht, sollten wir uns für ein solches zusammentun. Da wurde unlängst ein Erzählalon für Generaldirektoren von DDR-Kombinaten ins Leben gerufen, was nur zu begrüßen ist. Vielleicht könnte der Klubgedanke zum Beispiel etwas für die Michael-Schumann-Stiftung sein. Gerade mit seiner Person ist die Bereitschaft zu kritischer Analyse und konstruktivem Entwurf verbunden. In der DDR wurden schließlich auf vielen Gebieten Erfahrungen gemacht, die als Erkenntnisse für die Transformationsdebatte nützlich sein könnten.

Liebe Christa, vielen Dank, für die Zukunft Gesundheit und Kraft, und es wäre schön, wenn wir uns noch etliche Jahre gemeinsam auf den Weg machen könnten.



**Joachim Bischoff**

## **Christa Luft und der „dritte Weg“**

An der Hochschule für Ökonomie vertrat Christa Luft lange Zeit den Bereich sozialistische Außen-wirtschaft. Von 1978 bis 1981 war sie stellvertretende Direktorin des Internationalen Instituts für ökonomische Probleme des sozialistischen Weltsystems beim Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) in Moskau. Bei diesen Aufgaben standen neben der Ausbildung die Strukturreformen der sozialistischen Plan- und Verwaltungsökonomie im Zentrum, die seit den 1960er Jahren – immer wieder durch krisenhafte Zuspitzungen verdeutlicht – auf der gesellschaftlichen Tagesordnung der Länder des RGW standen. Der Reformkommunismus in Ländern des sozialistischen Lagers wie der Eurokommunismus in einigen westeuropäischen Ländern hinterließen weder theoretisch noch institutionell ein Erbe, an das die neu gewonnenen Demokratien nach 1989 hätten anknüpfen können oder gar müssen. Der Reformkommunismus und die überlieferten wirtschaftsdemokratischen Konzeptionen spielten in dem gesamtgesellschaftlichen demokratischen Aufbruch der DDR keine herausragende Rolle. Gleichwohl stand die Regierung Modrow vor der Herausforderung einer entsprechenden Strukturreform. Von November 1989 bis zum 18. März 1990 übernahm Christa Luft in der Modrow-Übergangsregierung die Aufgabe einer Ministerin für Wirtschaft.

Die turbulenten Monate der kurzen demokratischen Etappe der DDR waren wirtschaftspolitisch von zwei zentralen Aufgaben geprägt – zum einen die Sicherung der gesellschaftlichen Reproduktion und die Stabilisierung der Lebensweise der Bevölkerung, zum anderen mussten diese Aufgaben eingebettet sein in die Bemühungen zu einer umfassenden, demokratischen Wirtschaftsreform. Mit dem Angebot von Kanzler Helmut Kohl, die Mark der DDR durch die D-Mark als alleiniges Zahlungsmittel zu ersetzen, wurde dann das Ende der eigenständigen Entwicklung eingeleitet; denn mit der Auswechslung der gesellschaftlichen Währung veränderten sich die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens drastisch.

Im Februar 1990 präsentierte DDR-Wirtschaftsministerin Christa Luft – so die damalige Ausgabe des „Spiegel“ – ein Grundsatzprogramm der wirtschaftlichen Erneuerung und Umgestaltung: „ein bisschen mehr Markt, ein bisschen Planung und Volkseigentum und irgendwie möglichst viel Zusammenarbeit mit westlichen Unternehmen“. Schon diese wenig abgewogene Charakterisierung macht deutlich, dass der „Spiegel“ in Übereinstimmung mit dem Mainstream der wirtschaftlichen und politischen Führungskräfte, den Unternehmen und der westdeutschen Ökonomen eine radikal andere Wirtschaftspolitik vertrat: nur die schnelle Einführung der Marktwirtschaft könne den wirtschaftlichen Kollaps der DDR verhindern.

Die „Modrow-Regierung“ sah sich einer politischen Konzeption der „nationalen Verantwortung“ verpflichtet. Mit einer radikalen Wirtschaftsreform sollten die strukturellen Defizite der DDR-Ökonomie aufgehoben werden und damit die Weichen für eine schrittweise wirtschaftliche Kopplung der beiden deutschen Staaten gestellt werden. Wirtschaftsreform hieß für Christa Luft: Die Marktsteuerung sollte gegenüber der bisherigen plakativen Rolle, die ihr in der Plan- und Verwaltungsökonomie zugewiesen war, aber praktisch nicht eingelöst wurde, einen neuen Stellwert erhalten: als historische Errungenschaft der menschlichen Zivilisation. Nur so könnten sich Kreativität, Flexibilität und Innovationsgeist entfalten. „Der Markt ist das Medium, in dem sich die Bürger als Wirtschaftsbürger und freie Konsumenten emanzipieren.“ Daher die Kurzformel gegen einen neo-liberalen Systemwechsel: „Marktwirtschaft ja, aber bei Dominanz gesellschaftlichen Eigentums.“ Die Zielvorstellung einer gesellschaftlich regulierten Marktökonomie traf nicht nur

auf den entschiedenen gesellschaftlichen Widerstand einer wirtschaftlichen und politischen Elite, die seit den 1970er Jahren das Programm der „Entbettung“ der gesellschaftlichen Ökonomie durch Deregulierung, Privatisierung und Flexibilisierung verfolgte. Auch innerhalb der politischen Linken und des gesellschaftlichen Bündnisses für eine „demokratische DDR“ war diese Wirtschaftspolitik umstritten.

Hinter der These der Etablierung einer Pluralität von Eigentumsformen steht also eine gesellschaftspolitische Konzeption, die sich von der Zielvorstellung einer radikalen Marktsteuerung unterscheidet. Christa Luft hat dies später folgendermaßen zusammengefasst: „Das Problem des verstaatlichten Eigentums im Sozialismus war, dass es für die Menschen zu anonym gewesen ist. Wenn die Menschen wissen, es steht ihnen etwas ohnehin zu, dann engagieren sie sich nicht so sehr dafür, als wenn sie wissen, das müssen sie sich erst erarbeiten. Eine Verstaatlichung allein reicht nicht aus, man braucht auch ein Eigentümerbewusstsein. Deshalb muss man eine Mitarbeiterbeteiligung mit einem Mitspracherecht organisieren. Außerdem braucht man nicht alles zu verstaatlichen. Ich habe deshalb immer der Idee eines dritten Weges angehangen, der sowohl öffentliches als auch privates Eigentum zulässt. Es muss nicht jeder Handwerksbetrieb verstaatlicht sein, das ist nicht nötig.“

Die Metapher vom „Dritten Weg“ verweist auf eine breite politische Auseinandersetzung in den zurückliegenden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts und eröffnet ein großes Feld einer aktuellen gesellschaftstheoretischen Debatte. Auch wenn diese Grundsatzdebatte heute deutlich verblasst ist, sahen sich Christa Luft und die politische Linke in der Phase des Systemwechsels wirtschafts-politisch mit zwei großen Problemfeldern konfrontiert. Zur Transformation des Plan- und Verwaltungsökonomie in eine stark sozial regulierte Marktwirtschaft mit einer Pluralität von Sektoren gab und gibt es keine breit akzeptierte Theorie, geschweige denn einen breiten gesellschaftlichen Konsens. Als der real existierende Sozialismus zusammenbrach, war der Triumph im Westen groß. Blindes Vertrauen in die schon zuvor dominierende Vorstellung einer alles heilenden Kraft der Marktsteuerung wurde weiter verstärkt. Erst seit der bis heute anhaltenden schweren Wirtschafts- und Finanzkrise haben sich die Gewichte verschoben: Heute wird in der politischen und wirtschaftlichen Elite eingeräumt, dass die Marktwirtschaft einen staatlichen Rahmen braucht, weil sich freiheitliche Ordnungen ansonsten selbst zerstören. Dies ist die bittere Erkenntnis einer gescheiterten Deregulierungspolitik und der Herausbildung eines finanzmarktgetriebenen Kapitalismus. Neben staatlichen Regeln sind strukturpolitische Maßnahmen unverzichtbar und selbst die Parteien des bürgerlichen Lagers akzeptieren, dass schon aus staatspolitischen Gründen nicht alles dem Markt überlassen werden kann.

Für die kapitalistischen Hauptländer war und ist eine „mixed economy“ typisch, mit einem starken Sektor privater Wirtschaft und einem öffentlichen Sektor, der dreißig bis fünfzig Prozent des Bruttosozialprodukts erzeugt. Freilich ist die Ausgestaltung dieser „mixed economy“ theoretisch, wirtschaftspolitisch und in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung höchst umstritten. Eine totale Privatisierung anzustreben war wirklichkeitsfremd und mit einer gigantischen Zerstörung von Wirtschaftspotenzial verbunden.

Aber nicht nur für den Übergang einer Planökonomie in die Marktwirtschaft existierte keine „Blau-pause“, an der man sich hätte orientieren können. Auch nach der Umsetzung der neoliberalen Logik einer Übertragung der Marktsteuerung auf die überlieferte Ökonomie der DDR blieb die Ausgestaltung einer „mixed economy“ in der PDS und der sozialistischen Linken strittig. Christa Luft hat sich in den beiden Segmenten der Wirtschaftspolitik mit vielen praktischen Konzeptionen und theoretisch ausgerichteten Beiträgen aktiv engagiert.

Von den Vertretern der Bürgerbewegung am Runden Tisch traten die meisten für einen „Dritten Weg“ jenseits von Plan- und Marktwirtschaft ein. Der „Dritte Weg“ einer demokratisch erneuerten DDR ist als Bezugspunkt für wirtschaftspolitische Konzeptionen ver-



schwunden und kein Erinnerungsort der jüngsten Zeitgeschichte. Dass die Zukunftsvorstellungen eines „Dritten Wegs“ im Verlauf des Umbruchs von 1989/90 rasch verblassten und heute aus der öffentlichen Erinnerung geschwunden sind, hat seine Ursache in der vordergründigen Erfolgsgeschichte der kapitalistischen Gesellschaftsformation. Mit dem Ende der Systemkonkurrenz und ihrer weltanschaulich geführten Religionskriege ist aber die Suche nach historischen Alternativen zur herrschenden Gesellschaftsformation Kapitalismus nicht gleichermaßen verschwunden. Die zentrale Herausforderung soll abschließend in zwei Problembereichen skizziert werden:

1. Alle Experimente zur Etablierung einer nachkapitalistischen Gesellschaftsordnung scheiterten bisher letztlich an den realexistierenden Subjekten und ihren Arbeits- und Lebensverhältnissen. Auch durch die Entwicklung und den Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme in Osteuropa ist der emanzipatorische Anspruch einer neuen Qualität von Ökonomie und Gesellschaftsentwicklung nicht eingelöst worden. Schließlich: In der sozialistischen Linken dominiert eine kritische Bewertung der gesellschaftlichen Entwicklung in Chi-na. Von orthodoxer Seite werden die Aufwertung der privaten Unternehmen und der Übergang zu einer Marktsteuerung als Rückkehr zum Kapitalismus kritisiert; dieser Rollback sei für die massiven sozialen Übel verantwortlich. Allerdings bleibt bei dieser Deutung völlig offen, wie bei Fortführung der Plan- und Verwaltungsökonomie deren grundlegenden Defizite hätten vermieden und aufgehoben werden können. Auch bei einem Teil der Kritiker, die von grundlegenden Konstruktionsmängeln einer etatistischen Gesellschaftsformation überzeugt sind, wird die augenblickliche Entwicklungsrichtung in China als kapitalistische Restauration eingeschätzt. Insgesamt sind die Schlussfolgerungen aus den Sozialismus-Versuchen des 20. Jahrhunderts für eine zukünftige Transformation der kapitalistischen Gesellschaften „noch unzureichend geklärt“.

2. Auf der anderen Seite sind wir mit einer dramatischen Veränderung innerhalb der kapitalistischen Gesellschaften konfrontiert. Paul Krugman hat diese Erfahrung für die USA folgen-dermaßen zusammengefasst, aber die Aussagen lassen sich auf die europäischen Gesellschaften übertragen:

„Das Amerika der fünfziger und sechziger Jahre, in dem ich aufwuchs, war eine Mittelklassegesellschaft. Die großen Einkommens- und Wohlstandsunterschiede waren verschwunden. Doch das ist lange her. Nur wenigen Leuten ist bewusst, wie sehr sich in diesem Land die Kluft zwischen den sehr Reichen und dem Rest innerhalb relativ kurzer Zeit verbreitert hat. Wer sich mit diesem Thema beschäftigt, setzt sich unweigerlich dem Verdacht aus, ‚Klassenkampf‘ oder eine ‚Politik des Neides‘ zu betreiben. Und nur wenige Leute sind tatsächlich willens, über die weitgehenden Auswirkungen dieser sich immer weiter öffnenden Schere zu sprechen – ökonomische, soziale und politische Auswirkungen.

Doch was in den USA heute geschieht, kann nur verstehen, wer das Ausmaß, die Ursachen und Konsequenzen der zunehmenden Ungleichheit in den letzten drei Jahrzehnten begreift. Wer begreifen will, wieso es in Amerika trotz allen ökonomischen Erfolgs mehr Armut gibt als in jeder anderen großen Industrienation, der muss sich die Einkommenskonzentration an der Spitze ansehen.“

Die wachsende soziale Spaltung in den kapitalistischen Hauptländern ist sozial ungerecht, zerstört die demokratische Willensbildung und unterminiert die Grundlagen der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion. Seit Ende der 1970er Jahre sind die kapitalistischen Hauptländer mit dem Trend einer Abflachung des Wirtschaftswachstums konfrontiert. Zugleich ist dieser Rückgang der Zuwachsraten des gesellschaftlichen Gesamtprodukts mit abnehmenden Preissteigerungsraten verknüpft, so dass in der wirtschaftspolitischen Diskussion die Themen Stagnation, Depression und Deflation eine größere Bedeutung erhalten.

Aus der hartnäckigen Strukturkrise werden die Gesellschaften in den entwickelten kapitalistischen Ländern nur durch einen radikalen Politikwechsel herauskommen. Da der beständige Druck auf die Arbeitslöhne über die Schwächung der gesamtwirtschaftlichen

(Binnen-)Nachfrage die Wert-schöpfung hemmt, ist über ein ausreichend dimensioniertes und auf mehrere Jahre angelegtes Programm öffentlicher und öffentlich induzierter Nachfragesteigerung die Binnenkonjunktur zu stärken und zu steigern. Die Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage kann den Akkumulationsprozess beschleunigen. Die Ergänzung der öffentlichen Nachfragestabilisierung durch eine gesamtwirtschaftliche Strukturpolitik könnte die Nachhaltigkeit dieses neuen wirtschaftspolitischen Paradigmas steigern und mittelfristig einen neuen Typus von Märkten und öffentlicher Regulierung etablieren. Die Diskriminierung des ausufernden Niedriglohnsektors und die weitgehende Überführung ungeschützter Arbeitsverhältnisse in sozialversicherungsrechtliche Beschäftigungsverhältnisse wird die konsumtive Endnachfrage erhöhen.

Sozialistisches Engagement für eine alternative Wirtschaftspolitik zielt darauf, die wirtschaftliche Leistungskraft für die Lösung sozialer, ökologischer und globaler Probleme zu nutzen – für mehr soziale Gleichheit in der individuellen Teilhabe an den Grundbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben, für eine neue Art Vollbeschäftigung und gerechtere Einkommensverteilung, für den ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft, für eine solidarische Erneuerung der Sozialsysteme und für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung.

Die alternativen Vorschläge beruhen auf den gegenwärtigen Bedingungen und Kräfteverhältnissen im Kapitalismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Wir gehen davon aus, dass auch heute die Politik Gestaltungsmöglichkeiten besitzt. Eine grundsätzliche Lösung der die Menschen und ihre Zukunft belastenden Probleme ist jedoch im Rahmen des Kapitalismus nicht möglich. Zwischen dem Kampf um Alternativen gegen die neoliberale Politik im Kapitalismus und einer alternativen sozialistischen Gesellschaft besteht andererseits keine unüberwindbare Mauer. Vielmehr setzt die Überwindung des Kapitalismus den ständigen Kampf um Reformen im heutigen Kapitalismus voraus. Je stärker es gelingt, schon heute Veränderungen im Interesse der Lohnabhängigen und sozial Schwachen durchzusetzen, desto günstiger sind auch die Chancen, weitere, größere Schritte in Richtung einer Alternative zu Kapitalismus zu gehen.

Es gibt mithin auch nach dem Verblässen des Projektes „Dritter Weg“ im Systemwechsel der DDR nach wie vor wichtige Fragestellungen. Wir nehmen den Jahrestag von Christa Luft auch als Ermutigung, mit ihr zusammen an der Lösung der offenen gesellschaftspolitischen Aufgaben weiter zu arbeiten.

**Petra Sitte**

## **Für die Bundestagsfraktion**



Liebe Freunde Christa Lufts – diese Anrede hat mir heute am besten gefallen – zwischen Euch und den Pausengesprächen samt Snacks stehe jetzt nur noch ich.

Ich möchte Dir, liebe Christa, namens der Bundestagsfraktion ganz herzliche Grüße und alle guten Wünsche zum 75. Geburtstag überbringen. Ich weiß, dass hier Gregor Gysi erwartet wird. Über den Umstand, heute nicht selbst hier sprechen zu können, ist wohl niemand unglücklicher als er. Aber die Samstage sind klassische Parteitage. Und heute findet in der Tat der Berliner Landesparteitag statt, auf welchem die KandidatInnen für die Landesliste zur Bundestagswahl bestimmt werden.

Und da ist, Du wirst Dich vielleicht erinnern, liebe Christa, persönliches Erscheinen absolute Pflicht. Aus dem gleichen Grund fehlen auch Petra Pau und Gesine Löttsch, die mir beide besonders ans Herz gelegt haben, Dich von Ihnen zu grüßen.

Ich kann Gregor natürlich nicht ersetzen – aber auch bei mir müsst Ihr nicht allzu weit den Nacken strecken.

Nun zu meinem eigentlichen Auftrag:

Christa Luft hat die Haushaltspolitik der Gruppe und der Fraktion der PDS im Deutschen Bundestag geprägt. Und zwar nachhaltig. Das heißt, Ihre Prinzipien wirken bis heute nach. Von Anfang an ging es ihr darum, dass nicht nur allgemein gesagt wurde, wogegen wir sind und was wir fordern, sondern auch gesagt wird, wie die Gegenfinanzierung unserer Vorschläge aussehen soll. Dieser methodische Ansatz sagt nicht nur viel über das eigene Politikverständnis, sondern auch mit welchen Erwartungen man den Vorschlägen der politischen Kontrahenten begegnet. Kant'scher Imperativ angewandt auf Haushaltspolitik. Und seriöse Vorschläge wurden gerade in den ersten Jahren nach der Wende dringend gebraucht, weil die Finanzierung des gesamten Einigungsprozesses und seiner Folgeprobleme gnadenlos unterschätzt worden war.

Nachhaltig kann ich die Prinzipien Christa Lufts für die Haushalts- und Finanzpolitik auch deshalb bezeichnen, weil sie bis heute in der Fraktion immer wieder neu erstritten werden müssen. Es ist nämlich durchaus nicht in jedem Falle selbstverständlich, Anträge einzubringen, die konkrete Missstände aufgreifen, aber die kritisierte Grundlogik von Gesetzen nicht auszuhebeln imstande sind. Dazu muss man viel über den Alltag von Menschen wissen und nachvollziehen können, wie belastend dieser Alltag für viele ist.

Insofern hast Du Dich zugleich mit anderen um ein solides Steuerkonzept der PDS bemüht. Die Reaktionen waren geteilt. Dir und anderen war es Beleg für Politikfähigkeit, andere wiederum reflektierten Selbiges als Absage an konsequente Kapitalismuskritik. „Wir brauchen“, hast Du erwidert, „Gedanken über grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen – innerhalb und außerhalb der PDS. Für mich aber wäre es ein Verrat an den abhängig Beschäftigten und den Erwerbslosen, den Frauen und Jugendlichen, wenn man sie auf eine ferne Zukunft vertröstet, wo dann sozialistische Politik pur gemacht wird. Wir versuchen, die Spielräume zu nutzen, die sich unter den gegenwärtigen Bedingungen bieten, freilich nicht prinzipienlos.“

Für die Vorbereitung solcherart Anträge waren umfangreiche und langfristige Vorbereitungen erforderlich. Und wie das konkret aussah, haben mir umfänglich die FinanzreferentInnen der Fraktion geschildert. Für all jene, die sich nie mit Bundesfinanz- und -haushaltspolitik herumschlagen mussten, sei erklärt: Es ist parlamentarisch üblich, Anträge der Opposition in der Regel allein der „Heimatadresse“ wegen abzulehnen. Am 22.

Februar 1997 wurdest Du in einem Interview gefragt: „Das Steuerkonzept Ihrer Partei wurde öffentlich abgeschmettert, ohne auf Einzelheiten einzugehen. Enttäuscht?“ Und hier Deine Antwort: „Das gehört zum Ritual. PDS-Papiere werden in Bausch und Bogen abgelehnt, tauchen aber punktuell bei anderen Parteien wieder auf. Wenn Lafontaine sagt, der Spitzensteuersatz müsse bei 53 Prozent bleiben, solange man nicht wisse, wie die Finanzierungslücke geschlossen werden kann, nimmt er eine Forderung von uns auf.“

Wollte man also eine Chance haben, musste und muss man „früher aufstehen“ (wie Sachsen-Anhalter tapfer behaupten) bzw. früher anfangen, zu baggern. Und das geht so: In der Zeit der Haushaltsaufstellung gab und gibt es zahlreiche Vorbereitungsgespräche, in welchen direkt mit diversen VertreterInnen der einzelnen Ministerien oder auch mit KollegInnen der anderen Fraktionen im Haushaltsausschuss Vorschläge zu konkreten Änderungen und Projekten im Haushaltsplan unterbreitet werden können und umsetzbar sind. Dabei ist es natürlich besonders hilfreich, wenn das Projekt jeweils konkrete Vorschläge zur Gegenfinanzierung enthält. Du hast zudem besonders darauf geachtet, inwieweit unter Umständen die Bundesländer anteilig mit finanzieren mussten. So etwas mögen Länderfinanzminister im Allgemeinen nämlich gar nicht. Auszublenden war dieser Aspekt schon deshalb nicht, weil es ja auch Länder gab und gibt, in denen die PDS und heute die LINKE tolerierte oder auch mitregierte. Insofern bestanden und bestehen Haushaltspolitiker wie Christa Luft darauf, dass die betreffenden Projekte auch mit den Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker der Landtagsfraktionen abgestimmt worden sind. Als Fraktionsvorsitzende unserer Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, kann ich mich noch sehr gut daran erinnern, mit welcher eiserner Disziplin sich die FinanzpolitikerInnen unserer PDS-Fraktionen regelmäßig trafen.

Kurzum - man hatte und hat also ein nichtöffentliches Zeitfenster für konkrete Politik bei Aufstellung des Bundeshaushaltes. Dummer Nebeneffekt nur – viel Arbeit und wenig Lohn, weil das am Ende nicht mehr belegt werden kann. Nix mit Verwertungsrechten. Echte Höchststrafe für PolitikerInnen. So war ein Zeitungsinterview dieser Zeit übertitelt: „Da weiß ja keiner mehr, dass du das warst.“ Aber der konkrete Erfolg war Christa Luft immer wichtiger als die eigene Autorenschaft. Kann man das politischen Ethos bezeichnen?!

Nun könnte ja mancher Zuhörer oder manche ZuhörerIn meinen, Haushaltspolitik sei angesichts dieser Erläuterungen doch schrecklich dröge. Nein, kann ich dem nur entgegen. Will man wissen, wie ein Staat atmet, muss man in den Haushalts- oder auch in den Finanzausschuss gehen. Viele Vorgänge und Projekte sind ausgesprochen spannend und nur mit Leidenschaft und guter Kondition beharrlich zu verfolgen.

Und selbstverständlich hatte die PDS bzw. hat die LINKE Großprojekte auf dem Plan. So waren und sind die Finanzierung unserer bedeutendsten, mehrere Milliarden kostenden Forderungen – z. B. Leistungen für Arbeitslose, später dann die Hartz IV-Leistungen, die Einführung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, die Auflage von Gemeinnützigen Arbeitsmarktprojekten, bedarfsgerechte und öffentlich geförderte Betreuungs- und Freizeitangebote für Kinder, höhere Bildungs- und Wissenschaftsausgaben, die Rückführung der Selbstbeteiligungen und Zuzahlungen der PatientInnen und Versicherten oder das Teilhabesicherungsgesetz für Menschen mit Behinderungen und vieles andere mehr – natürlich nicht in einem Haushalt unterzubringen. Du hast auf diesen Umstand angesprochen, mal ganz nüchtern gesagt: „In keiner Partei, auch nicht in meiner, kann irgendjemand behaupten, man könne durch das Umschalten eines Hebels irgendein Problem auf dieser Welt in kurzer Zeit lösen.“

Mancher Kollege oder Kollegin in unseren Fraktionen der letzten beiden Jahrzehnte knabbert bis heute schwer an dieser Erkenntnis. Oftmals gelang und gelingt allenthalben ein Einstieg. Nicht selten war es aber doch möglich, öffentliche Debatten auszulösen, die den Druck auf die jeweilige Bundesregierung erhöhten und in deren Folge sich dann

auch deren Politik änderte. Erinnerung sei nur an den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, den ja sogar Gewerkschaften anfangs ablehnten. Und jetzt bewegt sich selbst die FDP in diese Richtung.

Und schließlich ist es Christa Luft und ihren MitstreiterInnen auch gelungen, Förderprogramme für ostdeutsche Unternehmen im Bundeshaushalt unterzubringen, die lange Bestandteil des Bundeshaushalts waren. Das war natürlich besonders bedeutsam, mussten doch Ostdeutsche ohne Ausnahme in den Jahren nach der Wende ihr ganzes Leben umkrempeln. Nicht selten ging das mit jahrelanger Arbeitslosigkeit und ständiger sozialer Unsicherheit einher. Es gibt wohl kaum jemanden unter den heute Anwesenden, der oder die nicht unzählige Geschichten dazu erzählen könnte. Menschen wie Christa Luft haben aber in ihrer Arbeit nicht einmal den Eindruck erweckt, als müssten sich Ostdeutsche dafür in besonderer Dankbarkeit üben. Vielmehr ging es ihr im Einigungsprozess auch um Selbstbewusstsein und Gleichberechtigung unseres Gestaltungsansatzes.

Nicht zuletzt hat Christa Luft den entscheidenden Beitrag geleistet, dass die Rosa-Luxemburg-Stiftung ab 1999 Mittel aus dem Bundeshaushalt bekam. Endlose Verhandlungen wurden mit den Obleuten im Haushaltsausschuss Hans-Georg Wagner und Oswald Metzger geführt. Tonnen von Papier wurden von ihr beschrieben, immer neue Ausflüchte der anderen Fraktionen entkräftet. Beweise beigebracht, wie die Finanzierung der anderen Stiftungen erfolgte. Aber auch und nicht zuletzt ihr hervorragender Ruf als kompetente Fachpolitikerin und ihre konstruktiven Beiträge zur Haushaltspolitik haben schließlich dazu geführt, dass den „Jungs“ schlicht nix mehr einfiel. Und so gab es dank Christa Luft erstmals Mittel aus dem Bundeshaushalt. Heute leistet die Luxemburg-Stiftung einen bedeutenden Bildungsbeitrag und ist aus der politischen Bildungsförderlandschaft nicht mehr wegzudenken.

Insofern wirken Deine Leistungen bis heute nach. Das kann nicht jede Politikerin oder jeder Politiker von sich sagen. Die Reihe der „unbekannten Abgeordneten“ ist lang.

Ich habe Dich erst nach der Wende kennengelernt. Wäre ich zum Volkswirtschaftsstudium nicht nach Halle gegangen, dann hätten sich unsere Wege sicher weit früher gekreuzt. Aber auch die Zeit nach der Wende hat gereicht, um bei mir und vielen anderen eindrücklich in Erinnerung zu bleiben.

Du hast Dich selbst 1990 als „Ein bisschen stur, ein bisschen kühl, in der Regel ganz verlässlich.“ beschrieben. Mit einer solchen persönlichen „Performance“ wie man heute neudeutsch sagt, muss man dafür dann mit ganz starken Inhalten und einer ganz starken Persönlichkeit punkten.

Und das ist es auch, was Dich auszeichnet und weshalb Dir so viele mit Hochachtung und Wärme begegnen.



**Christa Luft**

## **Dankesworte**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und Genossen, verehrte Anwesende,

ich bin fast sprachlos nach all den überaus freundlichen Worten, die Dagmar, Klaus, Walter, Roland, Hans, Petra und Joachim hier an meine Adresse gerichtet haben. Fast das ganze Leben rauscht da noch einmal an einem vorbei.

Beim Zuhören habe ich mir allerdings gedacht, ich müsste zwei/drei Schwestern haben, denn auf den Buckel einer Person allein geht das nicht, was da zusammengetragen wurde. Wenn wenigstens die Hälfte davon zutrifft, dann weiß ich sehr wohl, wer daran seinen Anteil hat. Da sind meine Eltern, die mich immer ermutigt haben, meinen Weg zu gehen, dabei bodenständig zu bleiben, Realitätssinn zu bewahren und sich selber nicht übermäßig wichtig zu nehmen.

Da ist meine Familie, der ich im Laufe der Jahrzehnte gewiss manches zugemutet habe und die dennoch Verständnis für meine Arbeit aufbrachte. Und da ist besonders die selbstlose Unterstützung durch meinen Mann. Ohne ihn hätte ich manches überhaupt nicht bewältigt.

Ich hatte aber auch das Glück, auf den verschiedenen beruflichen Stationen mit Menschen zusammenarbeiten zu können, von denen ich mindestens so viel geistige Anregung und menschliche Zuwendung bekommen habe, wie ich sie meinerseits zu geben bemüht war. Das war besonders an der Hochschule für Ökonomie der Fall, im Internationalen Forschungsinstitut in Moskau, in der PDS-Bundestagsfraktion und während meines Intermezzos in der Modrow-Regierung. Zu diesem Abschnitt sage ich immer noch: Ich möchte ihn nicht missen, aber auch nicht wiederholen, weil es physisch und psychisch außerordentlich anspannt zu erleben, wie der frühere Bruder Sowjetunion zusehends seine Hand wegzieht von der DDR als seinem einstigen Faustpfand in der Systemauseinandersetzung, wie von der Westseite, besonders der Bundesrepublik, eine mit viel Geld gespeiste Einmischungskampagne läuft und die Erwartungshaltung der Bürgerinnen und Bürger an schnelle Veränderungen im Lande täglich wächst.

Seit 2002 bin ich ehrenamtlich an der Rosa-Luxemburg-Stiftung engagiert, versuche mich mit dem einzubringen, was ich kann und dabei das zu vermeiden, was Voltaire ironisch so ausdrückte: „Bei jeder Streitfrage gibt es zwei Standpunkte: Meinen und den falschen.“

Ich werte alles, was hier an meine Person gerichtet war, als Würdigung generell von Menschen meiner Generation, die dem Zeitgeist die Stirn bieten und sich dafür einsetzen, dass linkes Denken lebendig bleibt, auch wenn der Gegenwind hart ist.

Ich danke für die Aufmerksamkeit und komme nun zu meinem inhaltlichen Beitrag.



Christa Luft

## Wohlstandsgewinn für alle durch Freihandel?

### Das Ricardosche Theorem der komparativen Vorteile im Lichte der Krise im Euro-Raum



#### Vorbemerkung zur Themenwahl

Warum – so könnte sich mancher/manche hier im Raume fragen, befasst sich die Jubilarin heute ausgerechnet mit dem fast 200 Jahre alten Theorem eines Hauptvertreters der klassischen bürgerlichen Politischen Ökonomie, wo es so viele aktuelle Probleme gibt?

Nun, mit zunehmendem Lebensalter erinnert man sich immer häufiger daran, woher man kommt. „Wer sich gern erinnert, lebt zweimal“, sagt die italienische Autorin Franca Maggiani in ihrem gleichnamigen Buch. Das Theorem der komparativen Vorteile, mit dem David Ricardo (1772–1823) in seinem 1817 erstmals erschienenen Hauptwerk „The Principles of Political Economy and Taxation“<sup>1</sup> die Grundlage der Freihandelslehre legte, gehörte zu meiner Ausbildung. Im Fach „Geschichte ökonomischer“ ebenso wie im Hauptfach „Außenhandelsökonomik“ wurden wir damit vertraut gemacht. Auch damit, was an dem klassischen Lehrsatz bereits von Karl Marx kritisch beurteilt worden war, so die Unterstellung, dass nur „Produkte gegen Produkte ausgetauscht werden“<sup>2</sup> und es daher keine Überproduktion geben kann. Marx verwies zudem auf die einseitige Bereicherung der „Mutterländer“ zu Lasten der abhängigen Länder bzw. Kolonien.<sup>3</sup>

Es sind aber nicht nur an Studienzeiten erinnernde, also etwa nostalgische Gründe, die Anlass sind, mich noch einmal dem Freihandelstheorem zuzuwenden. Generell ist die Ökonomenzunft gut beraten, von Zeit zu Zeit als ehern geltende Lehrsätze auf den Prüfstand zu stellen, sie mit den Gegebenheiten der Gegenwart und mit Herausforderungen der Zukunft abzugleichen. Das soll hier anhand eines Theorems geschehen, das Generationen von Wirtschaftsstudentinnen und -studenten wie ein Bibelsatz eingehämmert wurde<sup>4</sup> und das in westlichen Industriestaaten sowie in internationalen Organisationen bis heute seine glühenden Verfechter hat. Ja, die Freihandelslehre ist in der Handelspolitik en vogue. Vor Kurzem hat die EU-Kommission zum Beispiel ein Anti-Subventionsverfahren gegen chinesische Hersteller von Solarpaneelen und deren Komponenten eingeleitet. Der Verband der europäischen Produzenten solcher Erzeugnisse geht davon aus, dass in China die Produktion staatlicherseits gefördert wird. Das mag auch durchaus so sein. Dennoch muss die Klage verwundern, ist die EU selbst doch alles andere als ein subventionsfreier Raum. Das gilt auch für die deutsche Produktion nicht nur auf dem in Rede stehenden Gebiet<sup>5</sup>, sondern ebenso für die Agrarwirtschaft und andere Bereiche, die z. B. durch Steuervergünstigungen, Staatsaufträge, zinsgünstige Kredite, Export-Bürgschaften oder Absatzhilfen gefördert werden. Auch sind in der EU an die Stelle von Zöllen Vorschriften getreten, die bei Importgütern die Einhaltung bestimmter Standards verlangen, was leicht als Spielart von Protektionismus ausgelegt werden kann.

---

<sup>1</sup> Ricardo, David: Grundsätze der Politischen Ökonomie und Besteuerung, Frankfurt am Main 1980.

<sup>2</sup> Marx, Karl: MEW Bd. 26.2, S. 493.

<sup>3</sup> Marx, Karl: MEW Bd. 25, Berlin 1964, S. 248.

<sup>4</sup> Sakar, Saral: Warum der Keynesianismus scheiterte – Kann er wiederbelebt werden? Vortragsmanuskript, April 2002, Köln.

<sup>5</sup> Brenke, Karl: Wer im Glashaus sitzt ..., in: DIW-Wochenbericht Nr. 1–2/2013 vom 9.1.2013.

Auf dem jüngsten EU-Lateinamerika-Gipfel in Santiago forderte die deutsche Bundeskanzlerin namens ihrer Amtskollegen, endlich grünes Licht für ein Freihandelsabkommen zu geben. Nicht nur die argentinische Präsidentin setzte sich dagegen energisch zur Wehr, weil sie darin die Gefahr einer Übervorteilung durch die Industrieländer sieht. Jetzt ist eine transatlantische Freihandelszone mit den USA im Gespräch. Beschworen werden Wachstumsschübe und niedrigere Produktionskosten. Absehbare negative soziale und ökologische Folgen werden nicht thematisiert, auch nicht die Gefahr einer Abschottung zum Beispiel gegenüber der Volksrepublik China und anderen Wirtschaftsräumen.

Ich empfehle, in der aktuellen Krisendiskussion, aber auch generell in linker Bildungs- und Forschungsarbeit, den Problemfeldern Weltmarkt, internationale Wettbewerbsfähigkeit, Außenhandel, Leistungsbilanzgleich- und -ungleichgewichte, Globalisierung und Regionalisierung, Verhältnis von Exportpreis- und Importpreisentwicklung (terms of trade), Währungskurs- und Zinsbewegung, Inflation und Deflation einen festen Platz einzuräumen. Zum einen, weil das Wissen über solche ökonomischen Themen und Zusammenhänge in der Öffentlichkeit relativ begrenzt ist. Zum anderen aber auch, weil sich mit zunehmender internationaler Verflechtung neue, von der profitgesteuerten Ökonomie ausgehende politische Konfliktherde entwickeln. Claus Offe brachte das kürzlich so auf den Punkt: „Um ein Land wirtschaftlich unter seine Kontrolle zu bringen, musste man es früher militärisch besetzen. Heute braucht man das nicht mehr. Man kann vollkommen friedliche Beziehungen mit einem Land unterhalten und es dennoch buchstäblich besitzen, indem man sich nämlich auf dem Wege dauerhafter Exportüberschüsse dessen Wirtschaft aneignet und seine Souveränität dadurch zerstört, dass man seine Haushaltshoheit und andere Elemente seiner Souveränität aushebelt. Angesichts dieser wirtschaftlichen und politischen Machtkonstellation kann es nicht überraschen, dass sie in den betroffenen Ländern als eine neue Version von Imperialismus und Abhängigkeit empfunden wird“<sup>6</sup>. Im Euro-Raum erlebt das am deutlichsten gerade Griechenland.

Auch die latente Gefahr eines Währungskrieges zwischen den großen Wirtschaftsblöcken USA, Japan, Europa gilt es im Blick zu haben. Mein gewähltes Thema birgt also auch Aufklärungspotenzial, ja, Potenzial für die „ökonomische Alphabetisierung der Massen“, um eine Metapher von Pierre Bourdieu zu bemühen. Ich komme im Laufe des Vortrags darauf zurück.

Auf längere theoretische Erörterungen werde ich an dieser Stelle verzichten. Dazu gibt es umfangreiche Literatur. Mein Hauptaugenmerk gilt dem aktuell-praktischen Umgang mit der Freihandelsideologie, dem uneingelösten Wohlstandsversprechen sowie dem Spannungsverhältnis zwischen einzelwirtschaftlichem Nutzen und gesamtwirtschaftlichem Effekt des auswärtigen Handels.

### **Das Freihandelstheorem und Befunde in der Euro-Zone**

Nach Ricardo bringt der freie Austausch von Gütern und Dienstleistungen über Grenzen hinweg netto allen beteiligten Ländern stets einen Nutzen, einen Wohlfahrtsgewinn, weil sie sich auf die Produktion der Güter spezialisieren können, bei der ihre Produktivität vergleichsweise, also komparativ höher als die anderer Länder ist. Sie tauschen diese gegen Produkte, auf deren Herstellung sie verzichten, weil sie anderweitig günstiger beschafft werden können. Selbst Volkswirtschaften, die über die gesamte Produktpalette produktiver sind als andere, also absolute Vorteile haben, können gewinnen, wenn sie sich auf die Herstellung jener Erzeugnisse spezialisieren, bei denen ihr Produktivitätsabstand gegenüber anderen am größten ist, und diese Güter gegen jene tauschen, von deren Erzeugung sie im Interesse von Skaleneffekten absehen.

Letzteres hatte bereits Adam Smith (1723-1790) erkannt und sah in den absoluten Kostenvorteilen den Grund für auswärtigen Handel. Ricardo konnte nachweisen, dass abso-

---

<sup>6</sup> Offe, Claus: Europa in der Falle, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/2013, S. 75.



lute Vorteile einen Sonderfall darstellen und letztlich komparative Vorteile über das Zustandekommen von internationalem Austausch entscheiden. Solche Vorteile aus dem auswärtigen Handel können auch jene Länder ziehen, die in allen Branchen Produktivitätsnachteile haben, weil, so Ricardo, das kostenmäßig unterlegene Land sich auf die Herstellung der Güter konzentriert, bei der die Unterlegenheit am relativ geringsten ist.<sup>7</sup>

Ricardo exerziert seine These an dem berühmten Zwei-Länder-Modell, in dem Portugal und England beide Tuch und Wein herstellen. Portugal allerdings hat in diesem Modell bei der Produktion beider Güter deutlich günstigere Bedingungen als England (vgl. Tabelle 1). Dennoch wird sich der Handel zwischen beiden Volkswirtschaften zum gegenseitigen Vorteil entwickeln, meint der Klassiker. Es komme nicht auf den absoluten Vorteil und die tatsächlichen Preise an, sondern nur auf den vergleichswisen Vorteil und die relativen Preise. Im Falle von Portugal seien die Verdienstmöglichkeiten beim Export von Wein höher als beim Export von Tuch, weil es pro Zeiteinheit mehr Wein als Tuch herstellen könne. Deshalb sei es für die Portugiesen ökonomisch klug, sich darauf zu konzentrieren.

**Tabelle 1: Komparative Vorteile und internationaler Handel, notwendige Arbeitszeit pro Wareneinheit**

	Portugal		England		Summe	
	vor Handel	nach Handel	vor Handel	nach Handel	vor Handel	nach Handel
<i>Tuch</i>	90	-	100	200	190	200
<i>Wein</i>	80	160	200	-	280	160
<i>Summe</i>	170	160	300	200	470	360

Quelle: Ricardo, David: Grundsätze der Politischen Ökonomie und Besteuerung. Frankfurt am Main 1980, S. 112

Portugal also produziert Wein für den Export und erhält im Gegenzug aus England Tuch, und zwar mehr Tuch, als wenn es den Stoff selbst produziert hätte. Die englischen Tuchhersteller besitzen zwar keinen absoluten, wohl aber gegenüber der aufwendigeren Weinherstellung im eigenen Land einen vergleichswisen Vorteil. Das reiche aus, damit der Handel sich für beide Partner lohne, so Ricardo.

*Ich setze mich zunächst in gebotener Kürze kritisch mit dem Theorem des Klassikers auseinander. Das nicht, um ihn zu demontieren. Zu dessen Verdiensten gehört, dass er die Arbeitswerttheorie auf die internationalen Verhältnisse anzuwenden versuchte.<sup>8</sup> Seine Argumentation stützt sich auf die Annahme, dass der Wert einer Ware durch die in ihr verkörperte Arbeitszeit bestimmt ist. Der Wert der Ware umfasst dabei sowohl die verausgabte lebendige als auch die in den Vorleistungen und anderen Inputs des Produktionsprozesses geronnene Arbeit. David Ricardo konnte ebenso wie Adam Smith natürlich nichts anderes beschreiben als die Weltwirtschaft seiner Tage, auch wenn er im genannten Fall von dem völlig ungleichen Austausch z. B. zwischen England und seinen Kolonien absah. Seine Grundaussage „Freihandel bringt Wohlstand für alle“ hatte unter den Bedingungen eines Kapitalismus der freien Konkurrenz einen rationalen Kern. Aber der Welthandel unserer Zeit ist zwar nahezu frei von Zollschränken, doch nicht frei von politischen Einwirkungen, nicht von monopolistischen Deformationen und nicht von Einflüs-*

<sup>7</sup> Siehe hierzu auch Kisker, Klaus-Peter: Kapitalmobilität, internationale, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 7/1, Hamburg 2008, Spalten 360-374.

<sup>8</sup> Thal, Peter: Die Theorie der internationalen Arbeitsteilung und der komparativen Kosten, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg XI/4, April 1962, S. 390 und Meissner, Herbert: Anmerkungen zu Christa Luft: Ricardos Theorem der komparativen Vorteile, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin, Heft 100(2009) S. 196–198.

sen spekulativer Finanzströme.<sup>9</sup> Auch sind die internationalen Wirtschaftsbeziehungen angesichts fortschreitender Globalisierung und rasanter technologischer Entwicklung längst in sich verflochtener als zu Ricardos Zeiten. Ich konzentriere mich auf wenige Befunde.<sup>10</sup>

**Erstens:** In Ricardos Theorem ist die Handelsbilanz zweier miteinander Austausch treibender Länder immer ausgeglichen. Für ihn galt: Portugal liefert den Briten Wein und bestellt dafür bei ihnen Tuch. Eine Lieferung ohne den Bezug von Waren im gleichen Gegenwert gehörte nicht zu seinen Annahmen. In Wahrheit aber sind im internationalen Handel, auch im Handel der Euro-Länder, Ungleichgewichte eher die Regel als die Ausnahme. Ein extremes Beispiel ist dabei Deutschland, das 2012 zum Beispiel mit zwei Dritteln aller Staaten der Welt einen Überschuss im Warenexport erzielte, darunter mit vielen Euro-Ländern.<sup>11</sup> Im Jahr 2000 belief sich der deutsche positive Exportsaldo auf knapp 60 Mrd. €, fünf Jahre später bereits auf gut 160 Mrd. €. Auch 2012 übertrafen die deutschen Exporte die Importe wieder um 188 Mrd. €, nachdem sie zuvor krisenbedingt etwas gedämpft waren.<sup>12</sup> Das trug zu erheblichen Ungleichgewichten in der Leistungsbilanz<sup>13</sup> insbesondere gegenüber Frankreich, Griechenland, aber auch Spanien und Portugal bei. Die Nachfrage dieser Länder war mehr oder minder schuldenbasiert, was ökonomisch und politisch zu Abhängigkeiten bis zur Erpressbarkeit führt. Tabelle 2 zeigt die deutschen Außenhandelsungleichgewichte gegenüber einigen europäischen Ländern seit Einführung der Gemeinschaftswährung.

---

<sup>9</sup> Bis zum Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 war in die boomende Bauwirtschaft der südlichen Euro-Länder viel auf kurzfristigen Wertzuwachs bei Immobilien setzendes ausländisches Kapital geflossen. Das ließ deren Importnachfrage unverhältnismäßig hochschnellen. Ein annäherndes Exportwachstum kam nicht zustande.

<sup>10</sup> Ich lasse die Ricardoschen Annahmen weg, wonach der Handel frei von politischen Einflüssen ist und die Arbeitslosen der Branchen, die wegen komparativer Nachteile aufgegeben werden, in Bereichen Beschäftigung finden, die wegen ihres komparativen Vorteils florieren. Siehe dazu: Luft, Christa: Ricardos Theorem der komparativen Vorteile-Wohlstandsgewinn für alle durch Freihandel?, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften Bd. 100, Jahrgang 2009, S. 175–176.

<sup>11</sup> Das ist zum Teil dadurch verursacht, dass Deutschland eine hohe Importabhängigkeit bei Rohstoffen, Halbwaren und Vorprodukten aufweist, auch müssen im Ausland in Anspruch genommene Dienstleistungen wie Urlaubsaufenthalte mit Warenausfuhren bezahlt werden. Allein damit aber lässt sich die andauernde Höhe der Überschüsse nicht erklären.

<sup>12</sup> Ein kurzer Abriss der Ex- und Importentwicklung der Bundesrepublik seit Anfang der 1960er Jahre findet sich bei Busch, Ulrich/Land, Rainer: Teilhabekapitalismus, Norderstedt 2013, S. 35–38.

<sup>13</sup> Der Leistungsbilanzsaldo eines Landes entspricht der Differenz zwischen Export und Import von Gütern, Dienstleistungen und Faktoreinkommen zuzüglich der Nettoübertragungen. Exportiert ein Land mehr Güter und Dienstleistungen als es importiert, baut es Nettoforderungen gegenüber dem Rest der Welt auf. Es finanziert durch Kreditvergabe das Leistungsbilanzdefizit seiner Handelspartner. Das kommt einem Nettokapitalexport gleich. Ein Leistungsbilanzdefizit bedeutet Abfluss von Vermögen.

**Tabelle 2: Positive und negative Salden des Außenhandels der BRD mit Euro-Ländern (in Prozent)**

Land	2000	2006	2012
Frankreich	14,0	15,6	23,5
Niederlande	-6,9	-3,6	-9,9
Italien	11,4	17,7	6,5
Österreich	22,6	24,1	21,7
Belgien	10,0	16,6	7,5
Spanien	24,9	35,6	16,5
Irland	-49,5	-48,3	-36,5
Finnland	8,7	4,7	13,3
Portugal	6,7	28,6	11,3
Luxemburg	23,7	21,1	33,4
Griechenland	47,6	56,6	43,7

Quelle: Statistisches Bundesamt

Die hypertrophe deutsche Exportwirtschaft „verschärft die Ungleichheit und stellt letztlich ein Sicherheitsrisiko für die Weltwirtschaft dar“. <sup>14</sup> Denn anhaltende und sich ausdehnende Gläubiger- und Schuldnerpositionen können niemals wieder allein durch Handel ausgeglichen werden. Früher oder später führen sie zu platzenden Finanzblasen. Die Folgen tragen die breiten Bevölkerungsschichten, nicht etwa die Profiteure. Keine Spur von Wohlstandsgewinn für alle!

Anhaltende Exportüberschüsse und entsprechende Gläubigerpositionen der einen Länder und anhaltende Importüberschüsse der anderen, die nur durch zunehmende Verschuldung am Welthandel teilnehmen können, führen dazu, dass „das System der komparativen Vorteile konterkariert wird“ <sup>15</sup>.

**Zweitens:** Ricardo sah die Weltwirtschaft als weltweite Tauschwirtschaft. Er konnte somit das Problem der Wechselkurse ignorieren. Im Euro-Raum aber spielt gerade das eine große Rolle. Mit Einführung der Gemeinschaftswährung sind die nationalen Wechselkurse weggefallen, es gibt seit dem nicht mehr die Möglichkeit der Währungsabwertung für wettbewerbsschwächere Länder, um ihre Exporte zu verbilligen und auf diese Weise zu stimulieren. Griechenland und Deutschland, um die beiden Extremfälle zu nennen, sind in einer Währungsunion vereint. Damit ist der ärmere, weniger produktive Partner, der, mit den höheren Lohnstückkosten und daher in seinem Außenhandel weniger wettbewerbsfähige, gewaltigen wirtschaftlichen Zwängen ausgesetzt. Es bleibt nur die Möglichkeit der internen Abwertung über Lohnkostensenkung, Kürzung der Sozialausgaben und der öffentlichen Investitionen, um die Handelsdefizite zu reduzieren.

**Drittens:** Im klassischen Lehrsatz spielen Transportkosten und Umweltschäden bzw. die Aufwendungen für deren Reparatur keine Rolle. Hohe Kosten für weite Transportwege können komparative Produktionskostenvorteile kompensieren, wenn sie infolge Subventionierung nicht komplett in den Angebotspreisen internalisiert werden. Ein Verzicht auf Subventionen für Ferntransporte würde es zum Beispiel teurer machen, Kartoffeln oder Nordseekrabben über die Alpen zu karren, um niedrigerer Arbeitskosten wegen die Erd-

<sup>14</sup> Santarius, Tilman: Nie wieder Exportweltmeister, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/2009, S. 10.

<sup>15</sup> Busch, Ulrich/Land, Rainer: a.a.O., S. 39.

äpfel in Süditalien waschen und in Plastiktüten verpacken zu lassen oder Krabben in Tunesien zu puhlen, und beide zum Verkauf zurück nach Deutschland zu schicken. Welche Belastung das für Autobahnen und Umwelt<sup>16</sup> bedeutet, wissen wir, spiegelt sich aber im Preis nicht wider.

**Viertens:** Die Möglichkeit, der eigenen Exportwirtschaft zu technologischem Vorsprung zu verhelfen, kommt bei Ricardo nicht vor.<sup>17</sup> Heute müssen Staaten zwangsläufig in die Förderung von Forschung und Entwicklung sowie die Qualifizierung der Beschäftigten investieren, um im Außenhandel Erfolg zu haben. Es reichen nicht mehr günstige natürliche Boden- und Klimaverhältnisse, ein großes Reservoir billiger, wenig qualifizierter Arbeitskräfte, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, handwerkliche Traditionen usw. Hohe technologische Überlegenheit, Innovationen eröffnen die Chance, andere vom Markt zu verdrängen. Mit dieser Problematik beschäftigten sich der schwedische Nationalökonom Eli Heckscher, sein Schüler Bertil Ohlin sowie der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Paul Samuelson in den ersten Dekaden des 20. Jahrhunderts und ergänzten den klassischen Lehrsatz. Das nach diesen drei Wissenschaftlern benannte „HOS-Theorem“ geht im Unterschied zu Ricardo, der gleiche Faktorausstattung und ungleiche Produktivität der am Handel beteiligten Länder unterstellte, von deren unterschiedlicher Faktorausstattung aus. Länder mit Kapitalreichtum würden daher kapitalintensive, technisch anspruchsvolle Güter exportieren und arbeitsintensive Güter importieren, und umgekehrt würden Länder mit großem Arbeitskräftepotenzial arbeitsintensive einfache Produkte ausführen und kapitalintensive Güter einführen. Eine so basierte internationale Arbeitsteilung aber zementiert bei Ländern mit schmaler industrieller Basis die technisch-technologische Rückständigkeit und beschränkt auf lange Sicht deren Gewinnchancen aus dem Außenhandel. Im HOS-Theorem wird denn auch weniger der Wohlfahrtsaspekt als vielmehr ein allgemeiner Struktureffekt betont, aber es meint ebenfalls beweisen zu können, dass alle am internationalen Handel beteiligten Länder bei freiem Güteraus-tausch vom Außenhandel gleichermaßen profitieren, insbesondere, dass sich Löhne und Gewinne international angleichen.<sup>18</sup>

**Fünftens:** Nach Ricardo folgt der beiderseitige Vorteil beziehungsweise der allgemeine Wohlstandsgewinn aus Freihandel aus der strikt durchgeführten internationalen Arbeitsteilung. In Wirklichkeit findet jedoch unter den Industrieländern, zwischen denen sich das Gros des Welthandels abspielt, gerade keine strikte Arbeitsteilung statt. Vielmehr wird die Mehrzahl der Güter – mit geringen Produktivitätsunterschieden – in vielen Ländern gleichzeitig produziert und untereinander, im sogenannten „intra-industriellen Handel“ ausgetauscht, wofür vor allem Skaleneffekte der Grund sind. Zum „intra-industriellen Handel“ hinzukommt der „Intra-Firmenhandel“, d.h. der Güterverkehr innerhalb der multinationalen Konzerne. Da die Güter nur innerhalb der Wertschöpfungskette im Konzern transportiert, aber nicht zwischen zwei unabhängigen Akteuren zu Marktpreisen gehandelt werden, fehlt hier der Marktmechanismus; die Preise können manipuliert werden.

### **Missbrauch des Lehrsatzes durch neoliberale Politik**

**Erstens:** Von Mainstream-Ökonomen gestützt wird das Ricardosche Theorem einschließlich seiner Variation durch Heckscher/Ohlin/Samuelson bis heute in der neoliberalen Wirtschaftspolitik interessengeleitet missbraucht. Die These, Freihandel sei für alle Völker zu allen Zeiten gleichermaßen nützlich, ja, sei Garant für den Wohlstand aller

---

<sup>16</sup> In einer Studie der Technischen Universität Dresden wurden Folgekosten des Autoverkehrs in allen 27 EU-Ländern untersucht, die unter anderem durch Unfälle, Luftverschmutzung, Klimaschäden und Lärm entstehen. Diese liegen danach bei bis zu 373 Milliarden Euro pro Jahr. In Deutschland summieren sich diese externen Kosten auf bis zu 88 Milliarden Euro. Diese Angaben beziehen sich auf den gesamten, nicht nur den mit dem Außenhandel verbundenen Autoverkehr. Sie vermitteln aber einen Eindruck von der Größe des Problems. (siehe: Autofahren ist zu billig. In: Berliner Zeitung vom 25. Februar 2013).

<sup>17</sup> vgl. dazu auch Richter, Edelbert: Ricardo und die Realität des Welthandels, in: Ossietzky 3/2004.

<sup>18</sup> Kisker, Klaus Peter: Kapitalmobilität, internationale, a.a.O.

Nationen, spielt jenen in die Hände, die auf solche Kostenvorteile wie niedrige Löhne, schrumpfende Sozialleistungen und sinkende Unternehmenssteuern, auf ungeschützte Beschäftigung sowie Raubbau an der Natur setzen. Aktuell zeigt sich das z. B. in der desaströsen Austeritätspolitik gegenüber den hoch verschuldeten Ländern in der Euro-Zone. „In dem Maße wie die ‚Wettbewerbsfähigkeit‘ in den Rang der höchsten Priorität des Staates gehoben wird, tritt das Allgemeinwohl als Ziel und Kriterium staatlichen Handelns zurück.“<sup>19</sup>

Die Euro-Krise wird namentlich von Deutschland als entscheidender Hebel genutzt, um den Sozialstaat zu entkernen. Frau Merkel will das deutsche Liberalisierungs- und Deregulierungsmodell auch auf die Euro-Zone übertragen. Auf dem Weltwirtschaftsgipfel 2013 in Davos erklärte sie, Europa brauche eine „Kohärenz in Sachen Wettbewerbsfähigkeit“, die sich keineswegs am Mittelmaß orientieren dürfe. Ziel sei vielmehr, eine Wettbewerbsfähigkeit, die „uns Zugang zu den globalen Märkten ermöglicht“. Das Rezept dafür heißt: von Deutschland lernen: also Lohnverzicht, Anhebung des Rentenalters, Hartz IV. Auch in Deutschland musste - so Merkel - die Arbeitslosigkeit erst die 5-Millionen-Grenze übersteigen, bevor die Bereitschaft vorhanden war, Strukturreformen durchzusetzen. Diese Merkelsche Argumentation beweist, dass eine Beobachtung von Karl Marx nichts an Gültigkeit eingebüßt hat. Im Kommunistischen Manifest heißt es: „Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel.[...] Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarktes die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet [...] Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen; sie zwingt sie, die so genannte Zivilisation bei sich selbst einzuführen [...] Mit einem Wort, sie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde.“<sup>20</sup>

**Zweitens:** Jahrelang war der Begriff „Exportweltmeister“ Ausdruck deutschen Selbstbewusstseins, erschien als unbestreitbares Zeugnis ökonomischer Potenz.<sup>21</sup> Außen vor bleibt dabei das oft widersprüchliche Verhältnis zwischen einzelwirtschaftlichem Nutzen und gesamtwirtschaftlichem Effekt bzw. der Gegensatz zwischen den economics, die sich am betriebswirtschaftlichen Kalkül ausrichten, und einer politischen Ökonomie, deren Leitlinie das Gemeinwohl ist. Allein vom Markt erzwungene Exportentscheidungen einzelner Unternehmen erlegen der Gesellschaft oft Kosten auf, die zum Beispiel entstehen, wenn wegen fehlender Mindestlöhne eine Aufstockung der Einkommen notwendig ist, oder durch Aufwendungen für die Beseitigung der von Öltankern und Frachtschiffen verursachten Meeresverschmutzung bzw. durch die durch Flugverkehr bedingten Luftverunreinigung oder durch künstlich niedrig gehaltene, also mit Steuergeld subventionierte Strompreise für energieintensive Unternehmen.<sup>22</sup>

Eine dem Gemeinwohl verpflichtete Politik müsste fragen, ob bzw. unter welchen Bedingungen exportzentrierte Politik und boomende Gewinne von Unternehmen aus dem internationalen Austausch sich auch sozial und ökologisch wohlstandssteigernd für die Gesellschaft als Ganzes auswirken oder ob sie lediglich einzelnen Gruppen und Teilen zugutekommen. Gerade in Deutschland wird seit Jahren „die gesamtwirtschaftliche Entwicklung durch eine Spaltung zwischen Außen- und Binnenwirtschaft belastet“<sup>23</sup>. Exporterfolge kommen nicht automatisch der gesamten Gesellschaft zugute, sonst wäre nicht erklärbar, dass die Wohlstandsschere immer weiter auseinander geht, was die Bundes-

---

<sup>19</sup> Friedrich, Gerd: Freihandel und Standortwettbewerb – die „Lissabon-Strategie“ der Europäischen Union, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin, a.a.O. S. 188

<sup>20</sup> MEW 4 S. 465 f.

<sup>21</sup> Santarius; Tilman: a.a.O., S. 9.

<sup>22</sup> Im Jahre 2013 zum Beispiel erhält die deutsche Industrie im Bereich der Umwelt- und Energieabgaben 16,2 Mrd. Euro Subventionen auf Kosten öffentlicher Kassen und der Kleinverbraucher.

<sup>23</sup> Hickel, Rudolf: Aggressive Exportstrategie. In : neues Deutschland, 23.4.2012.



regierung durch „kreatives“ Frisieren der Armut- und Reichtumsstatistik zu vertuschen sucht. Es wäre eine Aufgabe der EU-Kommission, die makroökonomische Internalisierung außenhandelsbedingter sozialer und ökologischer Kosten zu thematisieren und damit einem globalen Wettbewerb zur Senkung von Arbeits- und Umweltstandards vorzubeugen.

Aus solcher Perspektive rüttelte vor einer knappen Dekade der renommierte bürgerliche Ökonom Paul Samuelson, ein Schüler Schumpeters und einst selbst Freihandelsprotagonist, an dem Ricardoschen Dogma. Im Herbst 2004 schockte der damals 89-jährige, inzwischen verstorbene US-amerikanische Nobelpreisträger die neoliberale Gelehrtenwelt mit der These, es sei Illusion anzunehmen, Globalisierung, ungehemmter Freihandel und Verlagerung von Produktionen sowie Dienstleistungen in Entwicklungs- und Schwellenländer brächten Industriestaaten wie den USA als den Hochlohnländern stets Vorteile. Der wohl bekannteste Wirtschaftswissenschaftler der Welt belegte am Beispiel seines Landes, dass internationaler Handel unter bestimmten Bedingungen gesamtwirtschaftlich sogar nachteilig sein kann. So bezweifelte er, dass das sogenannte Outsourcing von Dienstleistungen nach Indien oder der Bezug billiger Güter aus China Amerika Vorteile bringt, wenn zugleich die Einkommen geringer qualifizierter Arbeiter durch die ausländische Konkurrenz fallen. Wörtlich: „Bei Wal-Mart Lebensmittel 20 Prozent billiger einkaufen zu können reicht nicht notwendigerweise aus, um die Lohnverluste auszugleichen.“<sup>24</sup> Auf Deutschland bezogen könnte man sagen: Beim Textil-Discounter K&M „Schnäppchen“ machen oder bei Aldi Lebensmittel billiger einkaufen zu können, reicht nicht aus, um die Folgen von Armutslöhnen auszugleichen, die in vielen Exportzulieferbetrieben und der Dienstleistungsbranche zu dem Zweck gezahlt werden, Deutschland im internationalen Wettbewerb Vorteile zu verschaffen. Samuelsons spektakuläre Wortmeldung war ein Schock für die neoliberale Ökonomenzunft. Selbst etliche seiner Schüler fielen über ihn her, ziehen ihn eines altersbedingten Denkdefekts.<sup>25</sup>

**Drittens:** Mainstream-Ökonomen operieren gern mit der sogenannten Saldenmechanik. Bezogen auf den Bereich der internationalen Handelsbeziehungen heißt das: Überschüsse der einen Länder führen letztlich spiegelbildlich zu steigenden Schulden der anderen. Lange aber haben die Neoliberalen geschwiegen, als anhaltend hohe deutsche Exportüberschüsse Staaten wie Griechenland, Portugal, Spanien und weitere in eine dauerhafte Defizit-/Schuldnerposition mit dramatischen Folgen zwangen.<sup>26</sup> Erst seit der 2008 ausgebrochenen Wirtschafts- und Finanzkrise wird die Saldenmechanik nun stärker in den Blick genommen und werden die Wirkung von Ungleichgewichten auf die Schuldnerländer debattiert. Aber entgegen neoliberaler Mythen gehören Länder mit Exportüberschüssen nicht zwangsläufig, sondern nur dann zu den bewundernswürdigen Siegern im Welthandel, wenn sie das Ergebnis durch exzellente Herstellungsverfahren und technologisch attraktive, innovative Produkte erzielt haben, also durch Produktivitätseffekte, nicht aber, weil sie mit gedrückten Lohnkosten, mit Steuerdumping und abgesenkten Sozialstandards die Konkurrenz um jeden Preis zu schlagen und ihr Marktanteile abzunehmen suchen. Wären die Löhne in Deutschland seit Euro-Einführung im Gleichklang mit der Produktivitätsentwicklung gestiegen, müssten sie um 12 Prozent höher sein.<sup>27</sup> Auch die Ausweitung prekärer Beschäftigung und von Armutslöhnen in

---

<sup>24</sup> Samuelson, Paul: Where Ricardo and Mill Rebut and Confirm Arguments of Mainstream Economists Supporting Globalization, in: Journal of Economic Perspectives 18 (3) 2004, S. 135–146. Vgl. auch: Paul Samuelson gießt Wasser auf die Mühlen der Globalisierungsgegner, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.9.2004, S. 12; Samuelsons falsche Freunde, in: Financial Times Deutschland, 24.9.2004; Ein Dogma wackelt, in: Berliner Zeitung, 25./26.9.2004, S. 11.

<sup>25</sup> US-Topökonom Bhagwati verteidigt Jobverlagerung, in: Financial Times Deutschland, 13.9.2004.

<sup>26</sup> Held, Martin/ Kubon-Gilke, Gisela/Sturm, Richard (Hrsg.): Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik, Bd. 11: Lehren aus der Krise für die Makroökonomik, Marburg 2012, S. 65.

<sup>27</sup> Nach jüngsten Berechnungen der ILO war Deutschland das einzige Land, das von 2000 bis 2009 ein Minus der realen Löhne und Gehälter von 4,5 % verzeichnete. In allen andern vergleichbaren Ländern betrug das Plus zwischen 4,7 % in Österreich und 31,4 % in Norwegen.

den industrienahen Dienstleistungszweigen dämpft die Binnenkonjunktur und trägt zu historischen deutschen Exportüberschüssen bei (seit dem Jahr 2000 insgesamt weit über 1000 Mrd. €).

Anhaltend hohe Exportüberschüsse sind zugleich Kreditvergaben an andere Länder. Die Forderungen sind später oft nicht mehr eintreibbar und fallen der Entwertung anheim. Solch gestundetes und schließlich entwertetes Geld fehlt für Investitionen in Zukunftsprojekte im eigenen Land. Auch das ist Saldenmechanik!

Dieser Sicht entzieht sich inzwischen selbst manch etablierter Ökonom in Deutschland nicht mehr. Aufhorchen lässt die Auffassung von Marcel Fratzscher, des neu berufenen Chefs des DIW: „Ich halte es für richtig, auch auf die Überschüsse im Außenhandel zu achten und nicht nur auf die Defizite. Denn exzessive Überschüsse können genauso ein Zeichen von wirtschaftlichen Fehlentwicklungen sein wie Defizite. Und schließlich sind die Überschüsse der einen Länder die Defizite der anderen. Beide können Ausdruck von Ungleichgewichten sein, die zu Krisen beitragen können. Wir müssen uns in Deutschland aber die Frage stellen, inwieweit dieser riesige Leistungsbilanzüberschuss optimal ist, und ob wir diese Nettoersparnisse auch wirklich richtig investieren.“<sup>28</sup> Viel deutlicher zu zeigen wäre also, zu welchen deformierenden Wirkungen die reine Wachstumsfixierung deutscher Wirtschaftspolitik in den Handelsbeziehungen mit Euro-Ländern führt und zugleich, dass ein statistisch ausgewiesener hoher Außenbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt einer genaueren Prüfung unterzogen werden muss, wenn es um die Beurteilung der volkswirtschaftlichen Effektivität des internationalen Austausches geht.

Solche wie die hier genannten Aspekte ins Blickfeld zu rücken, war das Grundanliegen meines Vortrages. Damit wird eine andere Sicht auf Handelsasymmetrien in der Euro-Zone aufgemacht, als sie in den Mainstream-Erklärungsversuchen dominiert. Dort wird einseitig über zu großzügige Sozialleistungen, zu hohe Löhne und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit einiger Euro-Länder geklagt und darin der Hauptgrund der Krise gesehen.

### **Einige Schlussfolgerungen**

1. Freihandel ist als eine Form gleichberechtigten, dem Gebot der Fairness folgenden Austausches zwischen Völkern und Regionen wünschenswert; Freihandel als eine Form konzerngesteuerter, finanzmarktgetriebener Wirtschaft, frei von staatlicher und gesellschaftlicher Verantwortung für die Natur und die kommenden Generationen ist dagegen abzulehnen. Wer für Gestaltung und nicht nur für die Hinnahme oder Erduldung der Globalisierung ist, darf nicht dem Freihandel als Dogma erliegen. Der Neoliberalismus hat den Freiheitsbegriff auch auf den internationalen Handel bezogen okkupiert. Die LINKE sollte nicht zuletzt auf diesem Gebiet für einen Freiheitsbegriff werben, der ihrem Gesellschaftsbild entspricht.

Das bedeutet, auf europäischer Ebene nach einem neuen Leitbild für Wirtschaft und Handel zu suchen. Dieses müsste, statt dem Wachstumspathos zu erliegen, solche Ziele anstreben wie existenzsichernde Arbeit und sozial gerechte Teilhabe in allen Ländern der Gemeinschaft, koordinierte Anstrengungen zur wissenschaftlich-technischen Entwicklung, gute Bildungsperspektiven für die Jugend, Chancen auch für eine ökologisch freundliche Regionalentwicklung. Das wäre zugleich ein Beitrag, um den großen Herausforderungen Rechnung zu tragen, die sich aus dem Klimawandel, der Umweltverschmutzung und der Ressourcenverknappung ergeben. Diesen Problemen lässt sich nur beikommen, wenn eine am Gemeinwohl orientierte statt an einzelwirtschaftlichen Maßstäben ausgerichtete Wirtschafts- und Außenhandelspolitik betrieben wird.

2. In einer kapitalistischen Marktwirtschaft lassen sich Exporte – mit Ausnahme von Rüstungs- und anderen sensiblen Gütern – nun aber nicht einfach administrativ untersagen.

---

<sup>28</sup> Fratzscher, Marcel: Der Markt glaubt an die Unumkehrbarkeit des Euro, in: Berliner Zeitung, 1.2.2013, S. 10.

Somit auch Exportüberschüsse nicht.<sup>29</sup> Daher müssten andere Maßnahmen als Verbote ergriffen werden, z. B. die Streichung der Steuerbegünstigung für stromfressende Industriebetriebe, Abbau der Subventionierung von Ferntransporten, Einführung existenzsichernder Mindestlöhne, entschiedene Eindämmung prekärer Arbeitsverhältnisse und überhaupt Stärkung der Arbeitseinkommen zwecks Erhöhung der konsumtiven Inlandsnachfrage. Nur mit einer per Lohnanhebung expandierenden Binnenwirtschaft der Überschussländer wie Deutschland ließen sich die Importe steigern und so die Ungleichgewichte reduzieren. Völlig anders sieht das z. B. IFO-Chef Hans-Werner Sinn. Auch er will deutsche Exporte durch Verteuerung bremsen, aber nicht mittels Lohnsteigerung, sondern durch inflationäre Preiserhöhung. Etwa fünf Prozent jährlich schweben ihm vor.<sup>30</sup> Eine Horrorvorstellung für Normalverdiener und Kleinsparer!

3. Auf nationaler wie EU-Ebene gebührt arbeitsplatzsichernden oder -schaffenden und umweltschonenden regionalen Wirtschaftskreisläufen und überhaupt dem Binnenmarkt größere Aufmerksamkeit. Aufgaben der Daseinsvorsorge dürfen, um Dumpingpraktiken zu Lasten einheimischer Beschäftigter zu verhindern, nicht dem weltweiten Wettbewerb geöffnet werden. Billigimporte, die einheimische Produktion verdrängen, werden durch die als „clever“ und mit „Ich bin doch nicht blöd“ propagierte Schnäppchen-Jagd forciert. Die sich ausbreitende „Grenzenlos-Billig-Ökonomie“ hat aber eine Kehrseite: Verlust an Arbeitnehmerrechten, Vernichtung von Arbeitsplätzen, schlechte Bezahlung und zunehmender Druck auf die verbliebenen Beschäftigten. Das gilt auch für die Vergabe öffentlicher Aufträge, wo oft die „Geiz ist geil“-Logik dominiert. Der niedrigste Preis zählt, egal wie er zustande kommt. Dass dabei gerechte Lohn- und Arbeitsbedingungen, elementare Menschenrechte und ökologische Verantwortung ausgeblendet werden, ist die simple Konsequenz im weltweiten Konkurrenzkampf. Die Fähigkeit zur Erhöhung des heimischen Lebensstandards hat – summa summarum – auch, aber nicht nur etwas mit internationaler Wettbewerbsfähigkeit, also Produktivitätsvorteilen gegenüber anderen Ländern, zu tun.

4. Dem Schutz von Würde und Gesundheit der Menschen sowie einer lebenswerten Umwelt dienende Handelsvorschriften dürfen nicht als Protektionismus gebrandmarkt werden. Ein Einfuhrverbot für hormonbehandeltes Rindfleisch oder in Chlorbad getauchtes Geflügelfleisch zum Beispiel kann nicht als Handelshindernis zum Schutz einheimischer Landwirte vor ausländischer Konkurrenz geißelt werden, sondern ist ein humanitärer Anspruch.

5. Krisenländer mit hohen Importüberschüssen wie Griechenland brauchen eine langfristig angelegte Entwicklungspolitik, um an den künftigen Chancen, die die Weltwirtschaft bietet, teilzuhaben und nicht ihre Arbeitskräfte ins Ausland zu entsenden.<sup>31</sup> Notwendig sind Strukturreformen, um produktive Fähigkeiten im verarbeitenden Gewerbe zu entfalten. Allein preiswerte Oliven und billige Tourismusangebote als Exportartikel werden Hellas langfristig keine Wohlstandsgewinne aus dem internationalen Austausch bringen. Das heißt, dass Industrie und produktionsbezogene Dienstleistungen in den Mittelpunkt der Förderpolitik rücken müssen. In den letzten Jahren aber ist EU-seitig gerade das

---

<sup>29</sup> Noch waren Bestrebungen nicht erfolgreich, die positiven wie negativen Leistungsbilanzsalden einzelner Länder im Verhältnis zu ihrer jährlichen Wirtschaftsleistung stärker als auf sechs Prozent zu begrenzen. Eine solche im Herbst 2010 von den USA auf einem Weltwirtschaftsgipfel eingebrachte Initiative wurde von der EU-Kommission aufgegriffen. Ein Zielkorridor von + vier bis –vier Prozent sollte für die Leistungsbilanzsalden vorgegeben werden. Bundesdeutsche Regierungsexperten brachten solche Initiativen zu Fall. Ihrer Auffassung nach macht es keinen Sinn, lediglich eine numerische Obergrenze für Überschüsse und Defizite festzulegen, weil beides sehr unterschiedliche Ursachen haben könnte. Solche Argumentation überzeugt nicht. Auch für die Verschuldung von Euro-Ländern gibt es laut Maastricht-Vertrag die 3-Prozent-Obergrenze, obwohl die Länder sehr unterschiedliche Bedingungen haben.

<sup>30</sup> Glauben Sie im Ernst, der Staat wüsste es besser? Streitgespräch zwischen Hans-Werner Sinn und Sahra Wagenknecht, in: Handelsblatt, 15.2.2013, S. 54.

<sup>31</sup> In der Euro-Zone hat zurzeit jeder vierte unter 25-jährige keine Arbeit, kein eigenes Einkommen, keine Lebensperspektive. Das sind 3,7 Millionen Menschen.



Gegenteil passiert. Neben Investitionshilfen der anderen Euro-Länder ist es aber auch unabdingbar, in den Krisenländern selbst dafür zu sorgen, dass das Sparvolumen der Vermögenden in den Wirtschaftskreislauf fließt, technologischen Fortschritt ermöglicht und nicht im Ausland ins Trockene gebracht wird.<sup>32</sup>

6. Freihandel ist als eine Form gleichberechtigten, dem Gebot der Fairness folgenden Austausches zwischen Völkern und Regionen wünschenswert; Freihandel als eine Form konzerngesteuerter, finanzmarktgetriebener Wirtschaft, frei von staatlicher und gesellschaftlicher Verantwortung für die Natur und die kommenden Generationen ist dagegen abzulehnen. Wer für Gestaltung und nicht nur für die Hinnahme oder Erduldung der Globalisierung ist, darf nicht dem Freihandel als Dogma erliegen. Der Neoliberalismus hat den Freiheitsbegriff auch auf den internationalen Handel bezogen okkupiert. Die LINKE muss nicht zuletzt auf diesem Gebiet für einen Freiheitsbegriff werben, der ihrem Gesellschaftsbild entspricht. Das bedeutet, auf europäischer Ebene nach einem neuen Leitbild für Wirtschaft und Handel zu suchen, das, statt dem Wachstumspathos zu erliegen, den größten Zukunftsherausforderungen Rechnung trägt, also: Klimawandel, Umweltverschmutzung und Ressourcenverknappung. Diesen Problemen lässt sich nur beikommen, wenn eine am Gemeinwohl orientierte statt an einzelwirtschaftlichen Maßstäben ausgerichtete Wirtschafts- und Außenhandelspolitik betrieben wird.

\* \* \*

Das, verehrte Anwesende, war es, was ich heute zu bedenken geben wollte.

Ich bedanke mich bei allen, die gekommen sind und für die Aufmerksamkeit. Mein besonderer Dank gilt noch einmal den Ideengebern und Organisatoren dieses Symposiums aus der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Bundestagsfraktion der LINKEN und natürlich all jenen, die so freundliche, von mir als Verpflichtung empfundene Worte an meine Adresse gefunden haben.

Ich schließe mit einer Sentenz von Thomas Mann:

*„Man wird alt, gut, daran ändern wir nichts.  
Aber, worauf es ankommt ist,  
dass einem die Dinge neu bleiben  
und dass man sich eigentlich an nichts gewöhnt.“*

Diesem Anspruch will ich versuchen, mit vielen von Euch gemeinsam auch künftig gerecht zu werden.

---

<sup>32</sup> Pfaller, Alfred: Die „Eurokrise“: Wenn Wirtschaften über ihre Verhältnisse wachsen, in: Neue Gesellschaft, Frankfurter Hefte 4/2013.

## Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

**Bischoff, Joachim**, Dr., Mitglied der Falken, des SDS und der SPD, die er 1966 aus Protest gegen den Vietnamkrieg verließ. Anfang der 1980er Jahre gehörte er den Demokratischen Sozialisten an. Er ist Mitglied der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik („Memorandum-Gruppe“), der Sozialistischen Studiengruppen „SOST e.V.“ und Gewerkschafter bei ver.di.; Mitglied in der PDS und Gründungsmitgliedern der WASG, bis April 2006 war er Mitglied des Bundesvorstands der Partei. November Zog über den Wahlkreis Hamburg-Mitte in die Bürgerschaft ein. Bei der Wahl 2011 verteidigte er sein Mandat im Wahlkreis Hamburg-Mitte, das er jedoch aus gesundheitlichen Gründen Ende 2011 niederlegte. Redakteur der Zeitschrift „Sozialismus“, Mitarbeiter im VSA-Verlag Hamburg.

**Brie, André**, Dr., Studium der Außenpolitik am Institut für Internationale Beziehungen der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR in Potsdam-Babelsberg, Dozent und Lehrstuhlleiter für Fragen der europäischen Sicherheit und Abrüstung; 1989 bis 1990 war Brie wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für interdisziplinäre Zivilisationsforschung an der Humboldt-Universität Berlin; nach 1990 Funktionen in der PDS (Bundesvorstand, Wahlkampfleiter, Grundsatzkommission); von 1999 bis 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments; seit 2011 Mitglied des Landtags Mecklenburg-Vorpommern.

**Enkelmann, Dagmar**, Dr., Vorsitzende des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung; nach 1990 Mitglied der Volkskammer, des Deutschen Bundestags und des Landtages Brandenburg, 2003 bis 2006 stellvertretende Vorsitzende der PDS; Seit 2005 MdB, Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion DIE LINKE., Mitglied im Ältestenrat und im Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung, Mitglied in der Kommission des Ältestenrats für die Rechtsstellung der Abgeordneten.

**Kupferschmidt, Walter**, Prof. Dr., Wirtschaftswissenschaftler, Schwerpunkt Außenwirtschaft/Betriebswirtschaft des Außenhandels, von 1950 bis 1963 Tätigkeit im Außenhandelsbetrieb Chemie Export/Import, von 1956 bis 1959 Stellvertretender Generaldirektor und von 1959 bis 1963 Generaldirektor, von 1963 bis 1965 Studium an der Hochschule für Ökonomie Berlin, anschließend wissenschaftlicher Mitarbeiter, von 1969 bis 1990 Hochschullehrer, von 1969 bis 1971 Direktor der Sektion Außenwirtschaft, von 1972 bis 1979 Rektor der HfÖ.

**Luft, Christa**, Prof. Dr. (1938), Wirtschaftswissenschaftlerin, Diplom 1960, Promotion 1964, Habilitation 1968, 1971 Professur für Außenwirtschaftsökonomik /Osteuropawirtschaft an der Hochschule für Ökonomie Berlin, von 1972 bis 1977 Direktorin der Sektion Außenwirtschaft, von 1978 bis 1981 Stellvertretende Direktorin am Internationalen Ökonomischen Forschungsinstitut des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) in Moskau, von 1988 bis 1990 Rektorin der HfÖ, vom 17. November 1989 bis 18. März 1990 Stellvertretende Ministerpräsidentin der DDR, vom 18. März 1990 bis 2. Oktober 1990 Abgeordnete der Volkskammer der DDR, von 1991 bis 1994 Dozentin am Institut für Internationale Bildung Berlin e. V., von 1994 bis 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages, Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mitglied der Leibniz-Sozietät.

**Modrow, Hans**, Dr., sowjetische Kriegsgefangenschaft und Antifaschule; Tätigkeiten im Zentralrat der FDJ und in vielen Parteifunktionen; darunter Bezirksleitung in Berlin, Abteilungsleiter für Agitation im ZK, Erster Sekretär der Bezirksleitung der SED in Dresden; Wahl zum Ministerpräsidenten der DDR, 13. November 1989 und am 5. Februar Bildung einer Regierung unter Einschluss von Vertretern des Zentralen Runden Tisches bis zu Wahlen zur Volkskammer (Regierung der nationalen Verantwortung), Mitglied im Bundestag und Europaparlament; seit 2007 Vorsitzender des Rates der Älteren der Partei DIE LINKE; 1966 wurde Modrow an der Humboldt-Universität zu Berlin mit der gemeinsam mit Rainer Falke verfassten Arbeit „Ermittlung, Auswahl und Entwicklung von

Nachwuchskadern für Führungsfunktionen in der sozialistischen Industrie. Dargestellt am Beispiel von Großbetrieben der VVB Hochspannungsgeräte und Kabel“ zum Dr. rer. oec. promoviert.

**Poller, Roland**, Prof. Dr., Studium an Volkswirtschaftlichen Fakultät an HfÖ, 1969 Promotion: Fragen der Prognostischen Tätigkeit, Dozent, 1977 an das intern. ökonomische Institut Moskau delegiert (Christa kam 1978), war dort Forschungsgruppenleiter bis 1981 (Investitionszusammenarbeit), 1983 Habilitation, 1984 Berufung zum Prof.

**Sitte, Petra**, Dr., MdB, Diplomvolkswirtin, 1990 bis 2005 Mitglied des Landtags von Sachsen-Anhalt und bis 2004 Fraktionsvorsitzende (PDS), seit 2005 im Bundestag (2009 Direktmandat) und Sprecherin für Forschungs- und Technologiepolitik; Mitglied des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung

**Steinitz, Klaus**, Prof. Dr., Wirtschaftswissenschaftler, Staatsexamen als Diplomwirtschaftler an der Hochschule für Ökonomie Berlin, Promotion 1959 und Habilitation 1963, von 1955 bis 1963 Lehr- und Forschungstätigkeit an der HfÖ sowie der Karl-Marx-Universität Leipzig, von 1963 bis 1967 Tätigkeit am Ökonomischen Forschungsinstitut der Staatlichen Plankommission, von 1967 bis 1979 Abteilungs- und später Hauptabteilungsleiter für langfristige Planung und Strukturpolitik sowie Planung von Wissenschaft und Technik in der Staatlichen Plankommission, von 1980 bis 1989 Tätigkeit am Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften, 1990 Abgeordneter der Volkskammer der DDR und Mitglied des Deutschen Bundestages, von 1990 bis 1993 Mitglied des Parteivorstandes und des Präsidiums der PDS, von 1990 bis 2003 Sprecher der AG Wirtschaftspolitik der PDS, von 2005 bis 2011 Vorsitzender von Helle Panke e.V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin, Mitglied der Leibniz-Sozietät, Mitglied der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (MEMO-Gruppe).